

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der 4. und 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2009/2010 vom 22. Juni 2009

von 16.15 bis 18.30 Uhr und 20.00 bis 21.50 Uhr

Vorsitz:	Y. Beutler (SP)
Protokoll:	K. Lang
Entschuldigt	Nachmittagsitzung: H. Iseli (EDU)
	Abendsitzung: J. Würigler (SP)
	Beide Sitzungen: P. Fuchs (SVP), P. Kyburz (SP), S. Stierli (SP)

Traktanden

1. Protokoll der 20./21. Sitzung
2. 09/051 Wahl der Leitung der Finanzkontrolle per 1. Januar 2010 (DFI)
3. 09/040 Abnahme der Jahresrechnung 2008
4. 09/041 Abnahme Geschäftsbericht 2008
5. 09/043 Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle über das Jahr 2008
6. Abnahme Geschäftsbericht 2008 des Ombudsmannes
7. 09/021 Kredit von Fr. 890'000.-- für bauliche Anpassungen im Anbau des Gebäudes Zeughausstrasse 76 zur Nutzung als Anlaufstelle für Randständige (DSO)
8. 09/027 Kredit von Fr. 2'000'000.-- für die Projektierung des Umbaus des Alterszentrums Adlergarten (DSO)
- 9a.* 08/001 Volksinitiative „Schwümbi-Initiative“ – Volksinitiative zur Erhaltung und Sanierung der bestehenden Winterthurer Schwimmbäder: Grundsatzbeschluss zur Umsetzung der Initiative
- 9b.* 09/039 Planungs- und Projektierungskredit von Fr. 400'000.-- für die wertvermehrenden Sanierungsmassnahmen im Schwimmbad Oberwinterthur (DSS)

10. 09/038 Frühförderung in der Stadt Winterthur: Kenntnisnahme Leitbild sowie wiederkehrender Kredit von Fr. 322'000.-- und einmaliger Kredit von Fr. 25'000.-- (DSS)
- 11.* 09/044 Kredit von Fr. 465'000.-- für die nicht gebundenen Kosten der Sanierung des Restaurants Goldenberg (DFI)
- 12.* 09/047 Vierter Rahmenkredit von Fr. 5 Mio. für Anlagenobjekte des Betriebes Energie-Contracting von Stadtwerk Winterthur (DTB)
- 13.* 08/016 Beantwortung der Interpellation U. Böni (SP) betreffend Wohnstadt - Arbeitsstadt - Freizeitstadt, die gesunde Durchmischung macht (DKD)
- 14.* 07/043 Antrag und Bericht zum Postulat B. Baltensberger (SP), B. Günthard Fitz (EVP/GLP), G. Bienz-Meier (CVP) und S. O'Brien (Grüne/AL) betreffend Einführung des Lohngleichheitstests (Logib) in der Stadtverwaltung (DKD)
15. 07/026 Antrag und Bericht zum Postulat M. Schwager (SP) und R. Schürmann (CVP) betreffend weitere Attestausbildungsplätze in der Stadtverwaltung (DKD)
- 16.* 07/045 Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Denzler, A. Meier-Camenisch und B. Günthard Maier (FDP) betreffend Einrichtung eines Quartiertreffpunktes für Hegi (DKD)
17. 08/079 Begründung der Motion S. Stierli (SP) betreffend kein zweites "Schloss Wülflingen": Definition der Grenzbereiche der gebundenen Ausgaben (DFI)
- 18.* 08/044 Beantwortung der Interpellation R. Wirth (SP) betreffend Geldflussrechnungen (DFI)
- 19.* 07/056 Antrag und Bericht zum Postulat O. Seitz (SP), M. Stauber (Grüne/AL), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), W. Schurter (CVP) betreffend Fahrgastführung am Bahnhofplatz Winterthur (DTB)
- 20.* 07/029 Antrag und Bericht zum Postulat A. Ramsauer (Grüne/AL), U. Bründler (CVP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), H. Strahm (SP) und M. Stutz (SD) betreffend Förderung von Blockheizkraftwerken (DTB)
- 21.* 08/045 Beantwortung der Interpellation R. Wirth (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betreffend Ökologisierung der Stromtarife (DTB)
- 22.* 08/041 Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) betreffend Jungunternehmen in Winterthur (DB)
23. 08/029 Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Würdigung verdienstvoller Personen mit einer Platz- oder Strassenbezeichnung, insbesondere Max Bill-Platz oder -Strasse (DB)
24. 08/043 Beantwortung der Interpellation R. Wirth (SP) betreffend tiefergelegte Vogelsangstrasse (DB)

Ratspräsidentin Y. Beutler begrüsst zur 4 und 5. Sitzung im Amtsjahr 2009/2010.

Mitteilungen

Ratspräsidentin Y. Beutler: Nach 15 Jahren Ratstätigkeit verlässt P. Rütimann (FDP) den Rat, weil er in den Bezirksrat gewählt wurde. Die Ratspräsidentin hat P. Rütimann 1995 anlässlich der Kantonsratswahlen in der alten Kaserne kennengelernt. Die Frauen haben das Geschirr gespült und P. Rütimann stand daneben. Ratspräsidentin Y. Beutler hat ihn gefragt, ob er zur Dekoration gehöre oder auch mithilfe und hat ihm ein Tuch zum Abtrocknen in die Hand gedrückt. Seither haben sich die Wege immer wieder gekreuzt – unter anderem auch im Gemeinderat. P. Rütimann war lange Zeit in der parlamentarischen Planungskommission und in der Rechnungsprüfungskommission. Er war Präsident der Stadtentwicklungskommission, Mitglied der Erweiterten Ratsleitung, Mitglied der Ratsleitung, Mitglied der Regionalplanung Winterthur und Umgebung und vor allem hat er diesen Rat präsiert. In dieser langen Zeit hat P. Rütimann viele Vorstösse eingereicht - es müssen ca. 39 gewesen sein. Dabei hat er sich vor allem um Fragen der Planung und des Verkehrs gekümmert aber auch um schulische Angelegenheiten. P. Rütimann hat aber auch ein Herz für den FCW. Und dass er auch ganz uneigennützig Vorstösse einreichen kann, hat er bewiesen als er sich für eine moderne Coiffeur-Verordnung eingesetzt hat. Ratspräsidentin Y. Beutler dankt P. Rütimann herzlich für seinen Einsatz. Er hat etwas geschafft, was nicht allen gelingt – er hat in dieser Stadt Spuren hinterlassen. Die Ratspräsidentin überreicht P. Rütimann das Abschiedsgeschenk.

Der Rat verabschiedet P. Rütimann mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Der Gemeinderat verliert heute Abend ein weiteres Ratsmitglied an den Bezirksrat. A. Ramsauer (Grüne) sass während 14 Jahren im Gemeinderat. Zu Beginn seiner Amtszeit präsierte er die Spezialkommission Ombudsmann. Er war Mitglied der Parlamentsreformkommission, der Geschäftsprüfungskommission, der Aufsichtskommission, danach hat er die TUVEK präsiert und zu Grabe getragen. Er war Mitglied der Erweiterten Ratsleitung und der stadträtlichen Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. A. Ramsauer hat zudem die Grüne/AL-Fraktion im Gemeinderat präsiert. Auch er hat während dieser Zeit einige Vorstösse eingereicht. Dabei hat er sich vor allem mit Verkehrs- und Umweltproblematik beschäftigt. Aber auch für ein faires Einbürgerungsverfahren hat er sich eingesetzt. A. Ramsauer ist im Rat aber auch durch seinen brillanten Humor aufgefallen – diesen werden alle vermissen. Ratspräsidentin Y. Beutler dankt A. Ramsauer ganz herzlich für seine Tätigkeit im Rat und wünscht ihm alles Gute im Bezirksrat. Y. Beutler überreicht A. Ramsauer das Abschiedsgeschenk.

Der Rat verabschiedet A. Ramsauer mit einem Applaus.

A. Ramsauer (Grüne): Seine letzten Worte an den Rat erschöpfen sich darin alle ganz herzlich zum Apéro einzuladen.

Ratspräsidentin Y. Beutler verabschiedet A. Meier (FDP). Sie war während 7 Jahren Gemeinderätin. In dieser Zeit war sie Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und anschliessend Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit. Ihre Vorstösse konzentrierten sich hauptsächlich auf die Themen Bildung und Soziales. Während ihrer Ratszeit hat sie zwei Kinder zur Welt gebracht. Ratspräsidentin Y. Beutler dankt A. Meier ganz herzlich für ihre Tätigkeit im Rat und wünscht ihr und ihrer Familie alles Gute. Die Ratspräsidentin überreicht A. Meier das Abschiedsgeschenk.

Der Rat verabschiedet sich von A. Meier mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Auch in den Bankreihen der Presse wird es einen Wechsel geben. Künftig wird Frau Rahel Bocksberger für Radio Top berichtet. Die Ratspräsidentin heisst sie herzlich willkommen.

Die Ratspräsidentin hat auch eine traurige Mitteilung zu machen. Am vergangenen Montag ist die ehemalige Ratskollegin Dr. Klara Weber überraschend im 66. Altersjahr gestorben. Sie gehörte dem Gemeinderat in den Jahren 1986 und 1987 an und vertrat danach während 6 Jahren die Freisinnige Partei im Kantonsrat. Sie hat sich aber auch nach ihrem Abschied als aktive Politikerin für das Gemeinwohl eingesetzt – zuletzt als Präsidentin des Seniorinnen- und Seniorenverbandes Winterthur. Die Ratspräsidentin bittet um einen Moment der Stille, um der Verstorbenen zu gedenken.

Die letzte Mitteilung betrifft die Ratsarbeit. Paragraph 64, Absatz 5 der Geschäftsordnung sieht vor, dass bei der Überweisung eines Vorstosses keine Diskussion stattfindet, wenn nicht vom Stadtrat oder von einem Gemeinderatsmitglied sofortige Ablehnung beantragt wird. Im Sinne der Ratseffizienz wird Ratspräsidentin Y. Beutler bei unbestrittenen Vorstössen künftig nur noch dem Erstunterzeichnenden das Wort für eine kurze Begründung erteilen. Falls ein Ablehnungsantrag gestellt wird, können alle Mitglieder des Rates ausführlich die Überweisung diskutieren.

Der Rat macht keine Einwände. Damit ist das Vorgehen genehmigt.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Die Einladung mit der Traktandenliste wurde fristgerecht gestellt. In Abwesenheit des Motionärs wird Traktandum 17 von der Traktandenliste abgesetzt. Die Traktandenliste wird genehmigt.

Persönliche Erklärung

R. Isler (SVP): Vor nicht einmal drei Wochen, als der hypothekarische Referenzzinssatz erstmals seit seiner Einführung von 3,5 % auf unter 3,25 % gesunken ist, wurde die Hoffnung geweckt, dass die Miet- und Hypothekarzinsen im kommenden Herbst erneut gesenkt werden. Der grundsätzliche Senkungsanspruch allein bei den Mieten wurde mit rund 3 % angegeben. Und nun das. Seit dem letzten Freitag ist bekannt, dass die CO² Abgaben auf den ersten Januar 2010 von heute 12 Franken auf 36 Franken pro Tonne CO² erhöht werden. Das entspricht einer Erhöhung der CO² Abgaben von 3 Rappen auf 9 Rappen pro Liter Heizöl. Dass Bundesbern in der heutigen Zeit eine so massive, völlig überrissene Erhöhung um 300 % veranlasst, macht die Mietzinsreduktion auf einen Schlag zunichte und wird statt zu einer Mietzinssenkung einmal mehr zu einer Erhöhung führen. Die Erhöhung wird alle treffen, auch diejenigen, die bereits heute in modernen und gut isolierten Wohnungen leben. Das aktuelle Vorgehen aus dem Departement Leuenberger ist absurd und trifft auch Winterthur. Obwohl man erkannt hat, dass die Krise die Schweiz fester im Griff hat als vorgesehen und immer mehr Ausgaben für Konjunkturprogramme geplant sind, werden das Volk, alle Arbeitnehmenden und alle Mieterinnen und Mieter in dieser Planung völlig vergessen. Nur so ist zu erklären, dass die Belastung der Bürgerinnen und Bürger unaufhaltsam ansteigt. Gerade in einer Rezession müsste der Staat unterstützend eingreifen und die Investitionen und den Konsum ankurbeln. In der Schweiz passiert genau das Gegenteil. Wenn auch noch die Mehrwertsteuer, wie vorgesehen, erhöht wird, dann gute Nacht Volkswirtschaft. Man kann es drehen und wenden wie man will. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wird vor allem auch Geld umverteilt. Einmal mehr bleiben tausende von Familien auf der Strecke, denen man später durch Lenkungsabgaben und Subventionen helfen muss.

Stadtrat M. Gfeller dankt für den Steilpass. Die Stadt Winterthur bemüht sich auf verschiedenen Ebenen zur CO² Reduktion beizutragen und zwar tatkräftig und mit konstruktiven Ansätzen – beispielsweise mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes, mit der Förderung von Erdgas nicht nur als Treibstoff sondern auch als Brennstoff. Wenn man statt der Ölheizung eine Gasheizung einsetzt, sinkt der CO² Ausstoss um ca. 25 %. Es gibt viele Massnahmen, die lokal umgesetzt werden können. Wenn die CO² Abgaben erhöht werden, dann gibt das dem Stadtrat Rückenwind für die seit langem vorbereiteten Massnahmen, von denen er sich erhofft, dass sie auf noch mehr Gegenliebe bei den privaten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern stossen werden. Stadtrat M. Gfeller will den Entscheid des Bundesrates

nicht kommentieren. Er wollte aber die Gelegenheit nutzen auf die positiven Aktionen, die geplant sind und die helfen sollen, den CO²Ausstoss zu reduzieren, hinzuweisen.

9a. Traktandum

GGR-Nr. 2008/001: Volksinitiative „Schwümbi-Initiative“ – Volksinitiative zur Erhaltung und Sanierung der bestehenden Winterthurer Schwimmbäder: Grundsatzbeschluss zur Umsetzung der Initiative

St. Nyffeler (SVP): 2005 wurde eine Petition zur Sanierung des Schwimmbades Oberwinterthur mit 4'091 Unterschriften eingereicht und im Dezember 2006 die Schwimmbadinitiative mit 1'157 Unterschriften. Mit der Initiative sollte das langfristige Weiterbestehen der Schwimmbäder Geiselweid, Oberwinterthur, Töss, Wolfensberg und Wülflingen gesichert werden, das heisst die Schwimmbäder sollten instand gestellt und mit einer zeitgemässen Grundausstattung ausgestattet werden. Am 23. Juni 2008 wurde die Schwümbi-Initiative im Rat behandelt. Der Gemeinderat hat beschlossen, dem Begehren der Volksinitiative zu folgen, der Stadtrat wurde beauftragt, für die Umsetzung der Initiative die erforderliche Vorlage auszuarbeiten. Damals ist der Gemeinderat der Auffassung des Stadtrates gefolgt, die einzelne Ausgabebeschlüsse – solange es um den reinen Erhalt der Bäder geht – als gebundene Ausgaben anstelle eines Rahmenkredits zu bewilligen.

Was wurde bereits realisiert? Das Schwimmbad Töss ist im Winter 2002/2003 umfassend saniert worden, die Kosten betragen 3,55 Millionen. Insbesondere wurde das Bassin mit einer Chromstahlauskleidung versehen und die Wasseraufbereitungsanlage erneuert. Die entsprechenden Kosten waren gebunden. Im Jahr 2004 ist zudem ein Zusatzkredit von rund 400'000 Franken für ein Kinderplanschbecken bewilligt worden. Zusätzlich ist eine Umnutzung eines Teils der Garderoben vorgesehen, da im heutigen Badebetrieb weniger Garderoben benötigt werden als früher und im Jahr 2010 soll der Kiosk saniert werden. Das Schwimmbad Wülflingen wurde im Winter 2004/2005 für rund 4,62 Millionen saniert. Die Kosten für diese Sanierung wurden ebenfalls gebunden bewilligt. Wie im Schwimmbad Töss wurde das Bassin mit einer Chromstahlauskleidung versehen und die Wasseraufbereitungsanlage erneuert. Im Jahr 2005 wurde mit einem Budgetkredit das Kinderplanschbecken erneuert und kinderfreundlich gestaltet. Im Jahr 2009 wird der Eingangsbereich saniert. Darüber hinaus hat die Schwimmbadgenossenschaft den Saunabereich weitgehend auf eigene Rechnung neu gestaltet. Im Schwimmbad Wolfensberg wurden das Bassin und die Wasseraufbereitungsanlage im Jahr 1998 saniert. Dabei wurde das Bassin mit Chromstahl ausgekleidet und den Verhältnissen angepasst. Die gebundenen Kosten betragen 1,7 Millionen. Im Winter 2007/2008 wurden die Hochbauten in einer ersten Etappe und im Winter 2007/2008 in einer zweiten Etappe umfassend saniert. Für die Sanierung des Freibades Geiselweid hat der Stadtrat im März 2007 gebundene Ausgaben von rund 7 Millionen bewilligt. Der Gemeinderat hat am 9. Juli einen zusätzlichen Kredit von 1,58 Millionen für einen Naturpool, für Wertsteigerungen im Schwimm- und Erlebnisbecken, sowie für die Vorleistungen für eine Traglufthalle über dem Schwimmbecken bewilligt. Das Freibad wurde im Winter 2007/2008 umfassend saniert, die vom Parlament beschlossenen Erneuerungs- beziehungsweise Erweiterungsmassnahmen wurden gleichzeitig realisiert. Nicht enthalten in dieser Initiative ist das Hallenbad Geiselweid. Trotzdem soll darauf hingewiesen werden, dass das Hallenbad erhalten und zeitgemäss saniert werden soll.

Antrag des Stadtrates: Die Volksinitiative zur Erhaltung und Sanierung der bestehenden Winterthurer Schwimmbäder wird – in Ergänzung zum bereits Realisierten – mit den folgenden Massnahmen und Festlegungen umgesetzt: a. Die fünf bestehenden Freibäder bleiben erhalten und werden wo erforderlich schrittweise mit gebundenen Mitteln saniert. b. Das Schwimmbad Oberwinterthur wird bis Ende 2012 umfassend saniert. c. Allfällige Erweiterungen oder wesentliche Angebotsänderungen (neue Ausgaben) können fallweise mit Einzelkrediten bewilligt werden. 2. Mit diesem Grundsatzentschluss wird die Volksinitiative als erledigt abgeschlossen. 3. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht dem fakultativen Referendum. Wenn der Gemeinderat den Beschluss annimmt, wird das Geschäft abgeschlossen

und untersteht dem Referendum. Wenn der Gemeinderat das Geschäft ablehnt, kommt es zu einer Volksabstimmung. Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) empfiehlt dem Gemeinderat den stadträtlichen Antrag mit 8 zu 0 Stimmen zu Annahme. Die SVP wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Ch. Baumann (SP) spricht im Namen der SP und im Namen des Initiativkomitees. Die SP hat vor 10 Jahren zur Kenntnis genommen, dass in einzelnen Kreisen die Schliessung des Freibades in Erwägung gezogen worden ist, weil ein grosser Sanierungsbedarf bestand. Konkret wurde über das Freibad Töss diskutiert und in Frage gestellt, ob sich dieses Bad noch lohnt oder ob es geschlossen werden soll. Die SP hat sich damals gewehrt und wird sich auch in Zukunft für den Erhalt der Quartierbäder einsetzen. Die Quartierbäder sind unverhandelbar. Zum Glück hat man die Schliessung abwenden können. 4 Bäder sind umfassend saniert worden, sodass sie sich heute in einem guten Zustand präsentieren. Einzige Lücke bleibt die dringend notwendige Sanierung des Freibades Oberwinterthur. Ch. Baumann dankt allen, vor allem den Betriebsgenossenschaften, den Bademeistern aber auch den Mitarbeitenden in den Departementen, dass sie sich für die Sanierung eingesetzt haben – auch in finanziell schwierige Zeiten.

Die Situation im Schwimmbad Oberwinterthur war neben der Vorgeschichte Auslöser der SP-Initiative. Nachdem der Stadtrat die überaus breit abgestützte Petition aus Oberwinterthur zum Erhalt des Quartierbades nur zögerlich und ohne Enthusiasmus entgegengenommen hat, hat die SP beschlossen die Schwümbi-Initiative zu lancieren. Die SP hat Verständnis für die finanziell schwierige Situation der Stadt. Doch sparen an Schwimmbädern, die Einschränkung von Bademöglichkeiten für die Bevölkerung oder die Auflösung eines Quartiertreffs kommen nicht in Frage. Mit dieser Initiative sollte die unsägliche Diskussion über die Schliessung von Bädern aus dem Weg geräumt werden. Die Schwimmbäder gehören zum Service Public. Sie sind Bestandteil der Gesundheitsprophylaxe, der Förderung des Breitensports und der Entwicklung des Quartiergeistes. In den Bädern treffen sich verschiedene Bevölkerungsschichten, Jung und Alt, Familien und Gruppen, Private und Schulen. Die Initiative fordert, dass die Quartierbäder Töss, Wolfensberg, Wülflingen, Geiselweid und Oberwinterthur der Bevölkerung langfristig zur Verfügung stehen. Als zweites wurde ein Rahmenkredit gefordert, damit die Schwimmbäder saniert werden können und drittens eine zeitgemässe Grundeinrichtung. Die langfristige Erhaltung der Quartierbäder ist mit dieser Weisung insofern gesichert, als sich der Gemeinderat mit der Zustimmung zu dieser Weisung zu den fünf bestehenden Bädern bekennt. Dieser Beschluss steht quasi auf Verordnungsstufe und ist verbindlich. Langfristig ist die Initiative erfüllt, wenn der notwendige Unterhalt als gebundene Ausgaben ohne Parlamentsbeschluss getätigt werden kann.

Ch. Baumann fordert den Stadtrat dringend auf, seinen Liegenschaften Sorge zu tragen und Sanierungen rechtzeitig zu planen. Der Rahmenkredit, wie er in der Initiative gefordert wurde, ist obsolet, weil im nächsten Traktandum der Projektierungskredit und später der Ausführungskredit für die Sanierung des Schwimmbades Oberwinterthur gesprochen werden kann. Ch. Baumann bittet die Ratsmitglieder, beim nächsten Traktandum Augenmass zu bewahren und nicht sofort eine Maximallösung anzustreben. Das würde den Fahrplan gefährden. Das Bad sollte spätestens 2012 saniert sein. Die SP stimmt diesem Vorschlag zu und übernimmt politische Verantwortung, indem sie die nötigen und richtigen Renovierungen unterstützt. Über die dritte Forderung der SP nach zeitgemässen Grundeinrichtungen kann man geteilter Meinung sein. Das Initiativkomitee wird nach der Behandlung im Rat entscheiden, ob die Anliegen erfüllt sind. Die Chancen stehen gut, dass das der Fall sein wird. Die SP dankt dem Stadtrat, dass er diese Anliegen aufgenommen hat und sich klar zu den Quartierbädern bekennt, sie in Stand stellen und erhalten will. Die SP beantragt dieser Vorlage zuzustimmen und bittet die Ratsmitglieder, sich zum folgenden Traktandum im Sinne einer raschen Sanierung des Schwimmbades Oberwinterthur zu melden.

F. Helg (FDP): Es ist sicher von Vorteil, dass getrennt über die Umsetzung der Initiative und über den Projektierungskredit abgestimmt werden kann. Die Umsetzung der Initiative bildet die Basis für den Projektierungskredit und im Vorfeld hat in den Kommissionen die Frage, wie mit dieser Initiative umgegangen werden soll, einige rechtliche Knacknüsse geboten. F. Helg dankt Ratssekretär M. Bernhard, der die Sachlage den Kommissionsmitgliedern er-

klärt hat. Der Titel der Initiative heisst: „Erhaltung und Sanierung der bestehenden Winterthurer Schwimmbäder“ Die Initiative geht also weiter und ist nicht nur auf das Schwimmbad Oberwinterthur ausgerichtet. Die Quartierschwimmbäder sind ein wichtiger Bestandteil der Quartierinfrastruktur. Der Erhalt dieser Bäder ist wichtig. Der Kommissionsreferent hat die Massnahmen aufgezeigt, die bereits umgesetzt wurden um die Bäder zu erhalten. Es wäre politischer Selbstmord, wenn man sich im Rat gegen die Quartierschwimmbäder richten würde. Der Grundsatzbeschluss wird dem Willen der Initianten gerecht, indem man im Allgemeinen den Erhalt und die Sanierung der Quartierbäder festschreibt und im Besonderen eine umfassende Sanierung des Schwimmbades Oberwinterthur bis 2012 vorsieht. Die FDP-Fraktion stimmt diesem Grundsatzbeschluss zu.

M. Stauber (Grüne/AL): Was lange wärt wird doch noch gut. Nachdem die Schliessung eines Freibades vor einigen Jahren wie ein Damoklesschwert über der Stadt beziehungsweise über dem Stadtkreis Oberwinterthur hing, sind sich heute fast alle einig. Vor allem das Kantonale Gemeindeamt war für einige Zeit der Meinung, dass der Stadt Winterthur Vorschriften gemacht werden müsse – in Bezug auf die Sanierung der Freibäder. Vielleicht hat das Kantonale Gemeindeamt durch diese Diskussion, die öffentlich geführt wurde, dazu beigetragen, die Bewegung auszulösen oder zumindest zu verstärken, die in dieser Volksinitiative zum Ausdruck gekommen ist, über die der Gemeinderat heute abstimmt. In diesem Sinn ist die Grüne/AL-Fraktion im Grundsatz mit dem Stadtratsantrag einverstanden, alle 5 Bäder zu erhalten und das Freibad Oberwinterthur umfassend zu sanieren. Was umfassend heisst, dazu wird sich J. Altwegg anlässlich des nächsten Traktandums äussern. M. Stauber bittet die Ratsmitglieder, namens der Grüne/AL-Fraktion, dem Stadtratsantrag zur Initiative zuzustimmen.

M. Läderach (EVP/EDU/GLP): In der EVP/EDU/GLP-Fraktion herrscht die Meinung vor, dass die Quartierbäder zu Winterthur gehören. Es kann nicht sein, dass diese Bäder nicht unterhalten und geschlossen werden. In diesem Sinne bittet die EVP/EDU/GLP-Fraktion die Ratsmitglieder dem Antrag des Stadtrates zur Schwümbi-Initiative einstimmig zuzustimmen. Im Sinne einer Kontinuität kann der Gemeinderat danach übergehen zum nächsten Geschäft und über den Umbau des Schwimmbades Oberwinterthur diskutieren.

R. Isler (SVP): Es ist kaum jemand so verbunden mit dem Element Wasser wie R. Isler, der am Bodensee aufgewachsen ist. Deshalb waren für ihn die Petition und die Schwümbi-Initiative immer wichtige Anliegen. Es wird die Ratsmitglieder erstaunen, aber R. Isler hat sich immer für die Schwimmbäder eingesetzt und hat gemeinsam mit dem Kollegen E. Wettstein oder dem Präsidenten der SP Oberwinterthur Unterschriften gesammelt. Wenn eine Petition von über 4'000 Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben wird und die Initiative mit über 1'000 Stimmen überreicht werden kann, dann ist das ein Volkswille, den die Ratsmitglieder respektieren müssen. Es darf sonst die Frage gestellt werden für wen der Gemeinderat arbeitet, wenn nicht für das Volk. Mit vollen Herzen kann R. Isler hinter dieser Volksinitiative stehen. Auch für die Jüngsten ist das Element Wasser wichtig und kann mit Sport verbunden werden. Es wäre verfehlt, wenn der gleiche Staat, der Sportförderung predigt, gleichzeitig Schwimmbäder schliessen würde. Die Geschichte dieser Schwimmbäder ist lang. Am längsten dauert die geplante Sanierung des Schwimmbades Oberwinterthur. R. Isler ist frohen Mutes, dass diese langwierige Geschichte abgeschlossen und die Schwümbi-Initiative ohne Schuldzuweisungen zu machen überwiesen werden kann.

Stadträtin P. Pedernana: Es lohnt sich in der Bäderpolitik einige Jahrzehnte zurückzuschauen, um die heutige Ausgangslage richtig einschätzen zu können. Wenn man das Bäderkonzept aus dem Jahr 1996 anschaut – man hat bereits in den 90er Jahren gewusst, dass der Sanierungsbedarf riesengross ist – stellt sich heraus, dass die Meinung vorherrschte, dass nicht alle Bäder saniert werden können. In der Folge wurde das Bäderkonzept entwickelt. Stadträtin P. Pedernana zitiert die wichtigste Stelle: „Aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen müssen das Freibad Oberwinterthur und das Freibad Geiselweid geschlossen werden. Der Sanierungsbedarf der beiden Anlagen und die Kosten für die Attraktivierung der Bäder sind derart hoch, dass die dafür benötigten Mittel besser in einem

neuen multifunktionalen Sport- und Veranstaltungszentrum investiert werden sollten.“ Dieses Konzentrationsszenario wurde empfohlen. Das hat dazu geführt, dass während Jahren immer nur über die Bädersanierung diskutiert, diese aber nicht umgesetzt wurde. F. Helg hat erklärt, dass eine Stellungnahme gegen die Quartierbäder politischer Selbstmord bedeutet. Während Jahren war es üblich über die Schliessung einzelner Bäder zu diskutieren. Während den Stadtratswahlen 2001 war es für Stadträtin P. Pedernana sehr hilfreich, dass sie sich klar für den Erhalt der Bäder eingesetzt hat. Das hat zumindest die eine erforderliche Stimme gebracht. Ob man seit Kindheit mit allen Wassern gewaschen ist oder ob der Grossvater 1946 – wie das bei der Stadträtin der Fall ist – als erster ein Quartierbad für jeden Stadtkreis gefordert hat, es gibt viele Gründe sich für den Erhalt der Bäder einzusetzen. Wenn man zurückschaut, können alle stolz sein. Töss wurde 2003 saniert, 2005 Wülflingen, 2007 Wolfensberg und das Schwimmbad Geiselweid 2008. Heute Abend wird die Debatte um das Schwimmbad Oberwinterthur geführt. Der Stadtrat freut sich darüber und ist stolz darauf, dass es trotz der schwierigen Rahmenbedingungen in wenigen Jahren gelungen ist 4 Freibäder zu sanieren. Damit wurden Investitionen von 22,6 Millionen ausgelöst. Über jedes Bad wurden intensive Diskussionen geführt, auch über Oberwinterthur. Die Petition zum Erhalt des Schwimmbades Oberwinterthur und die Volksinitiative haben klar gezeigt, dass die Bevölkerung mit ihren Schwimmbädern verbunden ist. Diese Verbundenheit kommt auch in der nationalen Befragung zum Sportverhalten zum Ausdruck. Für die Winterthurer Bevölkerung steht Schwimmen an dritter Stelle, nach Velo fahren und Wandern. Gemäss Sportobservatorium 2008 schwimmen 29 % der Winterthurer Bevölkerung regelmässig. Dieser Wert liegt über dem Schweizerischen Durchschnitt. Der Stadtrat hat sich trotz der finanziell schwierigen Lage entschlossen, das Schwimmbad Oberwinterthur zu sanieren. Darüber wird der Gemeinderat im nächsten Traktandum diskutieren. Damit sind die Forderungen der Schwümbi-Initiative grösstenteils realisiert. Der Unterhaltsbedarf der Sportanlagen wird langjährig erfasst. Die Frage ist, ob die finanziellen Mittel jeweils zur Verfügung stehen, um diesen Unterhalt zu realisieren.

Ratspräsidentin Y. Beutler stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wurde. Sie lässt dennoch über den Stadtratsantrag zur Schwümbi-Initiative abstimmen und die Stimmen auszählen, falls gegen diesen Beschluss das Referendum ergriffen wird.

Der Rat stimmt dem Grundsatzbeschluss des Stadtrates mit 52 Stimmen einstimmig zu.

9b. Traktandum

GGR-Nr. 2009/039: Planungs- und Projektierungskredit von CHF 400'000.-- für die wertvermehrenden Sanierungsmassnahmen im Schwimmbad Oberwinterthur

E. Wettstein (SP): Das Schwimmbad Oberwinterthur soll bis 2012 umfassend saniert werden. Dazu braucht es diesen Sanierungskredit von 400'000 Franken. Der total notwendige Planungs- und Projektierungskredit beläuft sich auf 1,05 Millionen. Davon sind 650'000 Franken gebunden. Die Sanierungskosten können aber erst nach der Detailplanung klar beziffert werden. Das Schwimmbad Oberwinterthur wurde 1959 vom Architekten Badertscher erbaut. Nach 50 Jahren stehen umfassende Sanierungsarbeiten an. 2008 hat die Stadt gemeinsam mit der Schwimmbadgenossenschaft ein Grobkonzept erarbeitet. Grundsätzlich sind drei verschiedene Sanierungsarten für die Wasserflächen möglich: Konventionelle Sanierung mit Chromstahl, konventionelle Sanierung mit Kunststoffolie oder eine Sanierung als Naturbad. Die Realisierung eines Naturbades wurde geprüft – die ablehnende Haltung der Genossenschaft wurde dabei stark gewichtet. Deshalb hat sich der Stadtrat für eine Sanierung des Bassins mit Folie und für eine Standardwasseraufbereitung entschieden. Eine Auskleidung mit Chromstahl kostet ca. 1 Million mehr – hält dafür aber dreimal länger. Obwohl die Wasseroberfläche im Schwimmbad Oberwinterthur etwa gleich gross ist,

wie die der Bäder Töss oder Wülflingen ist die Sanierung einiges aufwändiger. In Oberwinterthur müssen umfangreiche Hochbauten abgebrochen und teilweise neu gebaut werden. Konzept der Gesamtsanierung: Wasserfläche Beckenanlagen: Der Stadtrat schlägt vor, das „Schüeli“ aufzuheben und das Schwimmbassin mit einer Kunststoffolie auszukleiden. Das Kinderplanschbecken erhält einen neuen Standort in der Nähe des Kiosks. Der Sprungbereich wird gemäss BfU-Vorschrift vom bestehenden Becken abgetrennt. Dadurch geht eine Schwimmbahn verloren. Es werden ein 1 m und ein 3 m Sprungbrett erstellt. Das Nichtschwimmerbecken wird aus Sicherheitsgründen vom Schwimmerbecken komplett abgetrennt. Aus Kostengründen wird auf verschiedene Attraktionen verzichtet – Kletterwand, Floss, Wasserfontäne etc. Die Wasserrutsche soll auf 50 m verlängert werden. Hochbauten und Technik: Die Garderoben und Duschanlagen sind für die heutigen Bedürfnisse massiv überdimensioniert und in schlechtem Zustand. Die meisten Badegäste sind nicht auf eine Garderobe angewiesen. Dafür hat der Wunsch nach Saisonschränken zugenommen. Die Hochbauten sind in äusserst schlechtem Zustand. Die Sauna ist veraltet. Sie kann nicht mehr saniert werden und muss leider geschlossen werden. Das geschieht in Übereinstimmung mit der Schwimmbadgenossenschaft. Somit wird vom Ganzjahresbetrieb auf Sommerbetrieb umgestellt, damit kann auf eine Bademeisterwohnung verzichtet werden. Die Hochbauten inklusive Wohnung werden abgebrochen. Das Kioskgebäude bleibt bestehen. Die technischen Anlagen werden komplett ersetzt. Umgebungsflächen: Das Schwimmbad Oberwinterthur liegt am Rand des Grüngürtels Wallrüti. E. Wettstein zeigt die Situation anhand eines Plans. Eine ganzjährige Nutzung des Areals soll geprüft werden. Wichtig ist der Erhalt der parkähnlichen Landschaft.

Aufgrund der Kostengenauigkeit von plus/minus 20 % liegen die erwarteten Kosten zwischen 8 und 9,6 Millionen. Die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) hat mit 6 zu 2 Stimmen dem Projektierungskredit zugestimmt. Die BBK stellt zwei Änderungsanträge: Antrag 1: Das Nichtschwimmerbecken „Schüeli“ soll nicht aufgehoben werden und den Kindern von Oberwinterthur weiterhin zur Verfügung stehen. Auch ist die BBK der Meinung, und das ist kein Antrag sondern nur eine Bitte an den Stadtrat, dass für den Erhalt des „Schüelis“ ein Teil der Finanzierung, das heisst ca. 200'000 Franken, dem Fond der Saalbau genossenschaft entnommen werden sollte. Antrag 2: „Die Schwimmbecken, inklusive „Schüeli“ sollten statt mit Kunststoffolie mit Chromstahl (Cr Ni 18.8) ausgekleidet werden.“ Die BBK hat beschlossen weitere geforderte Attraktionen nicht zu unterstützen. Die Kommission erwartet von der Schwimmbadgenossenschaft private Initiative. Die SP unterstützt die beiden Anträge der BBK und stimmt aus Überzeugung dem Projektierungskredit zu. Die beiden von der BBK gestellten Anträge erleichtern die Planung. Wenn der Gemeinderat dem Stadtrat genaue Vorgaben macht, dann kann das Projekt genauer ausgearbeitet werden und der Gemeinderat kann dem Kredit mit Überzeugung zustimmen.

Stadtrat P. Pedergnana: Der Stadtrat schliesst sich den BBK Anträgen nicht an.

J. Heusser (FDP): Auch die FDP-Fraktion ist klar für diesen Kredit. Aber eigentlich nur, wenn das „Schüeli“ nicht aufgehoben wird und die Bassins mit Chromstahl ausgekleidet werden. Die FDP stellt diese Forderungen aus folgenden Gründen: Im Schwimmbad Töss mussten die Folien bereits nach 10 Jahren geflickt werden und nach 15 Jahren wurden sie durch Chromstahl ersetzt. Im Moment verursacht die Auskleidung mit Chromstahl wohl höhere Kosten aber auf lange Frist lohnt sich diese Investition. Das Chromstahlbecken ist eine wichtige und sinnvolle Investition. Ganz klar ist, dass die Schüler von Oberwinterthur ihr „Schüeli“ lieben. Für die FDP ist klar, dass dieses Becken erhalten bleiben muss. Die FDP wünscht, dass sich die Ratsmitglieder den Anträgen der BBK anschliessen.

J. Altwegg (Grüne/AL): Es ist wunderbar, dass die Ratsmitglieder einer Meinung sind und sich für die Sanierung des Schwimmbads Oberwinterthur einsetzen. Dass der Projektierungskredit von 400'000 Franken nötig und sinnvoll ist, bedarf keine Diskussion. Auch die Grüne/AL-Fraktion hat sich für diese Projektierung ausgesprochen. Über den Ausbaustandard bestehen allerdings Meinungsverschiedenheiten. Der Wunsch der Schwimmbadgenossenschaft nach Attraktionen ist verständlich. Auf der anderen Seite setzt das Budget der Stadt diesen Wünschen Grenzen. Auf die Gefahr hin sich unbeliebt zu machen, wird

J. Altwegg die Kosten zusammenfassen. Wenn alle Attraktionen, die von der Genossenschaft gewünscht werden – Wasserpilz, Wasserfontäne, 100 m Rutschbahn etc. – erstellt werden, würden sich die Mehrkosten auf ca. 200'000 Franken belaufen. Wenn das „Schüeli“ erhalten und mit Chromstahl ausgekleidet wird, kostet das ca. 450'000 Franken mehr und für das grosse Becken kostet die Chromstahlauskleidung ca. 1 Million. Das sind Kosten von insgesamt ca. 1,65 Millionen. Wenn statt eines Chlorbeckens ein Naturpool gebaut wird, kann die Stadt 2 Millionen sparen – das heisst mit dem eingesparten Geld können alle Attraktionen, die sich die Genossenschaft wünscht, finanziert werden. Ein Naturpool bietet verschiedene Vorteile. Ein Plus ist, dass kein Chlorwasser verwendet werden muss. Das ist für viele Leute, die nicht gern in Chlorwasser baden attraktiv. Bis dieser Pool gebaut wird, kann die Stadt Erfahrungen mit dem Naturbad im Geiselweid sammeln. Das heisst, die dort aufgetauchten Kinderkrankheiten können vermieden werden. J. Altwegg bittet die Ratsmitglieder mehr Mut für neue Ideen zu zeigen. Vom Stadtrat und von der Schwimmbadgenossenschaft wünscht sich J. Altwegg, dass die Option eines Naturpools im Zusammenhang mit diesem Projektierungsplan erneut geprüft wird. Damit könnten alle Attraktionen, die für die Kinder wichtig sind, umgesetzt werden. Das heisst es wäre ein Gewinn für die Stadt, für das Schwimmbad und für die Umwelt. Die Anträge der BBK werden von der Grüne/AL-Fraktion unterstützt. Das „Schüeli“ soll bleiben und die Auskleidung der Bassins mit Chromstahl ist nachhaltiger als eine Folie. J. Altwegg dankt für die Prüfung der vorgeschlagenen Option.

L. Banholzer (EVP): Die EVP und die GLP sind der Ansicht, dass das Schwimmbad Oberwinterthur in einem ähnlichen Rahmen saniert werden soll, wie die anderen Schwimmbäder. Deshalb unterstützen EVP und GLP den Antrag der BBK. Die Sanierung der Bassins soll in Chromstahl erfolgen. Nicht weil dadurch das Bad attraktiver wird sondern aus Gründen der Nachhaltigkeit – die Lebensdauer von Chromstahl ist viel höher und auf längere Sicht werden weniger Kosten anfallen. Ausserdem sollen die Leute von Oberwinterthur nicht dafür bestraft werden, dass die Sanierung ihres Schwimmbades ausgerechnet in die Zeit der Krise fällt, obwohl sie seit Jahren darauf warten. Wichtiger als die Art der Beckensanierung ist aber die Attraktivität des Bades mit dem Erhalt des „Schüeli“. Das Becken ist ein Pluspunkt für das Bad. Bei der Hauptzielgruppe ist das Becken sehr beliebt. Deshalb soll das „Schüeli“ erhalten bleiben. Mit den Sprungbrettern, der 50 m Rutschbahn und dem „Schüeli“ sind genug Attraktionen vorhanden um das Bad interessant zu gestalten. EVP und GLP stimmen dem Sanierungsprojekt des Stadtrates und den Änderungsanträgen der BBK zu. Dem Projektierungskredit von 400'000 Franken für die wertvermehrenden Sanierungsmassnahmen stimmen EVP und GLP ebenfalls zu.

N. Sabathy (CVP): Auch die CVP-Fraktion steht hinter diesem Planungskredit von 400'000 Franken und unterstützt die beiden Anträge der BBK. Oberwinterthur als derzeit boomender Stadtkreis hat ein nachhaltig nach dem neusten Stand der Technik saniertes Bad nötig und auch verdient. Es kann nicht sein, dass 8 bis 9 Millionen in einen öffentlichen Bau in Oberwinterthur investiert werden, den der grösste Teil der Benutzer in dieser Form nicht will. Es ist ein Anliegen der CVP in Oberwinterthur ein attraktives Schwimmbad für Jung und Alt zu schaffen. Mit der Erhaltung des „Schüeli“ wird den Kindern ein attraktiver Platz geboten, wo sie sich austoben können ohne die anderen Badegäste zu stören. Die CVP will auch für die Zukunft bauen – das heisst vor allem auch für die jüngere Generation. Das wird unter anderem dadurch erreicht, dass das „Schüeli“ erhalten und die Becken mit Chromstahl nachhaltig saniert werden. Die von verschiedenen Seiten gewünschten zusätzlichen Attraktionen können in den nächsten Jahren – wenn sich die finanzielle Lage der Stadt stabilisiert hat – nachträglich angeschafft werden. Die CVP stimmt für den Planungskredit und für die beiden Anträge der BBK.

H. Keller (SVP): Auch die SVP-Fraktion stimmt dem Planungskredit von 400'000 Franken mehrheitlich zu. Ebenfalls stimmt die SVP mehrheitlich für die Änderungsanträge der BBK. Oberwinterthur ist der grösste Stadtteil von Winterthur und wächst stetig weiter. Deshalb ist nicht einzusehen, dass das Schülerbecken geschlossen werden soll. H. Keller hat selber in diesem Becken schwimmen gelernt. Er hat es genossen. Im „Schüeli“ stört es nicht, wenn die Kinder von allen Seiten ins Becken springen. Deshalb wird er Erhalt befürwortet. Die

SVP ist für die Auskleidung der Becken mit Chromstahl. Auf lange Sicht ist das die günstigere Lösung. Das Naturbad hat sich im Geiselweid nicht ganz bewährt und wer in der Natur baden will, kann mit dem Velo in 20 Minuten von Oberwinterthur an die Thur fahren. Dort lässt es sich wunderbar baden. Die zusätzlichen Wünsche der Genossenschaft kann die SVP nicht unterstützen. Die Stadt befindet sich finanziell in einer schwierigen Lage. Vielleicht können diese Wünsche zu einem späteren Zeitpunkt unterstützt werden.

Ch. Denzler (CVP) hat eine Verständnisfrage. Will die Grüne/AL-Fraktion aus dem grossen Becken ein Naturpool machen? Im Geiselweid hat das Naturbad Schwierigkeiten bereitet und zeitweise musste es geschlossen werden. Das geht, wenn es sich um ein kleines zusätzliches Becken handelt. Wenn aber das grosse Becken aus hygienischen Gründen geschlossen werden muss, werden viele Besucher dem Bad fernbleiben. Das würde zu Mindereinnahmen führen. Ch. Denzler findet die Idee zwar gut aber nicht für das grosse Becken. Sie kann sich nicht vorstellen, dass sich ein Naturpool in Oberwinterthur umsetzen lässt. Sie hält dieses Ansinnen für einen Wunschtraum.

R. Isler (SVP) kann sich das Schwimmbad Oberwinterthur nicht ohne „Schüeli“ vorstellen. In diesem Becken tummeln sich sehr viele Kinder und auch die Jugendlichen können sich in diesem Becken austoben. Auch ist immer wieder zu hören, dass die Auskleidung mit Folie günstiger ist als Chromstahl. R. Isler stellt fest, seit dem 17. Oktober 2008 ist der Chromstahlpreis im freien Fall. Die Folie enthält Rohölsubstrat und diese Preise sind eher wieder am Steigen. Deshalb ist nicht sicher, ob Folie noch so viel billiger ist als Chromstahl. Wenn in den nächsten Monaten der Chromstahl bestellt wird, dann gilt der Preis des Bestelltages. Pech wäre, wenn danach der Chromstahlpreis noch mehr sinken würde. Wenn man davon ausgeht, dass der Preis steigt, könnte man diesen bereits heute anbinden. Man hat bereits in Töss Folie eingesetzt. Das hat zu einem Flickwerk geführt und letztendlich wurden die Becken mit Chromstahl ausgekleidet. Die beiden Bäder, die bereits mit Chromstahl ausgekleidet sind, haben zu keinen Reklamationen Anlass gegeben. R. Isler appelliert an den gesunden Menschenverstand und bittet die Ratsmitglieder, zum „Schüeli“ Sorge zu tragen und die Becken mit Chromstahl auszukleiden. Damit wäre ein erster grosser Schritt gemacht.

J. Altwegg (Grüne/AL): Heute entscheidet der Gemeinderat über einen Projektierungskredit. Das Geiselweid musste tatsächlich gesperrt werden. Aber das sollte man in den Griff bekommen und es gibt internationale Unternehmen, die wissen wie mit einem Naturbad umzugehen ist. Die Grüne/AL-Fraktion möchte herausfinden, was machbar ist. Mit den 2 Millionen, die eingespart werden könnten, wäre es möglich das Bad attraktiver zu gestalten.

Stadträtin P. Pederngana weiss, dass die Meinungen gemacht sind und dass ihr Votum das Abstimmungsergebnis nicht mehr beeinflussen wird. Sie will aber einige Ausführungen machen, weil sie erreichen will, dass die Ratsmitglieder die stadträtliche Absicht und den Handlungsspielraum des Stadtrates verstehen. In diesem Handlungsspielraum muss sich die Stadt in den nächsten Jahren bewegen. Mit dieser Debatte soll Planungssicherheit erreicht werden – und das ist sicher gelungen. Der Stadtrat will die Absichten des Gemeinderates kennen, damit der Gemeinderat, wenn das Projekt vorgelegt wird, auch zustimmen kann. Nur so gelingt es, den Zeitplan für die Sanierung des Bades einzuhalten.

Ausgangslage: Es stimmt die Stadt Winterthur wächst und das führt zu Investitionen. Oberwinterthur ist vom Wachstum besonders betroffen. Die entsprechenden Investitionen werden auch getätigt – zum Beispiel in den öffentlichen Verkehr, in Strassen, in den Eulachpark und in Schulhäuser. Investitionen, die gesamtstädtisch in den nächsten Jahren getätigt werden müssen, sprengen den Rahmen des üblichen Investitionsprogramms. Man muss sich das vorstellen, wie eine unendlich lange Wunschliste an das Christkind. Nicht alles kann realisiert werden. Die Stadt kann sich einfach nicht alles leisten, was auf dieser Liste steht.

Stadträtin P. Pederngana zählt die 7 grössten Projekte auf, die in den nächsten Jahren realisiert werden müssen: Masterplan Bahnhof 61 Millionen, Schulhaus Wyden 24 Millionen, Schulhaus Zinzikon 27 Millionen, Schulhaus Neuhegi 30 Millionen, Schulhaus Wallrüti 30 Millionen, Sanierung des Alterszentrums Adlergarten 54, Polizeigebäude 65 Millionen. Allein diese 7 Projekte aus dem Investitionsprogramm kosten die Stadt mehr als eine viertel Milli-

arde. Wenn man noch alle übrigen Projekte dazuzählt, dann betragen die Kosten knapp eine halbe Milliarde. Diesen Betrag stellt die Stadträtin in Relation zum Budget für das nächste Jahr. Im Budget sind 58 Millionen als Abschreibungsbasis eingestellt. Man geht davon aus, dass aus dem Investitionsprogramm 58 Millionen realisiert werden. Von diesen 58 Millionen ist die Hälfte für den normalen Unterhalt vorgesehen – Kanalisation ca. 6 Millionen und Unterhalt von Hochbauten ca. 22 Millionen. Die Stadt kann gar nicht so viele Sanierungen und Neubauten vornehmen, wie notwendig wären. Wie die Stadt diesen enormen Investitionsbedarf bewältigen kann, ist noch nicht geklärt. Der Stadtrat wird den Rat über diese Grundproblematik näher informieren. Für heute ist es wichtig, dass der Gemeinderat diese Problematik versteht. Der Stadtrat hinterfragt seit längerem jede Investition. Dass der Stadtrat in dieser Situation zum Schluss kommt, dass das Schwimmbad Oberwinterthur saniert werden soll, ist ein Erfolg, obwohl das Konzept nicht gutgeheissen wird. Je mehr in das Schwimmbad Oberwinterthur investiert wird, umso weniger Geld steht für andere Investitionen zur Verfügung. Der Stadtrat ist verpflichtet eine Gesamtschau zu halten. Er kann nicht nur ein Projekt allein anschauen.

Es trifft zu, dass Chromstahlauskleidungen bei allen städtischen Bädern eingebaut worden sind. Sie sind überall gut angekommen und sie sind langfristig nachhaltiger. Die Frage ist, ob es sich die Stadt bei dieser Ausgangslage leisten kann oder ob aus kurzfristigen Überlegungen die Sanierung mit Folie bevorzugt wird. Die Berechnungen für die Chromstahlvariante sind im Herbst 2008 gemacht worden. Die Preise haben sich stark bewegt und werden sich bis zur Realisierung weiter bewegen. Eine Prognose kann die Stadträtin nicht abgeben. Das Chromstahlbecken ist mit einem Mehraufwand von 1 Million verbunden und wenn das „Schüeli“ saniert und mit Chromstahl ausgestattet wird, dann kostet das weitere 450'000 Franken. Ein Naturbad wäre 2 Millionen günstiger als die konventionelle Auskleidung mit Folie. Das Naturbad ist intensiv geprüft worden. Mit der Schwimmbadgenossenschaft und anderen Beteiligten hat ein intensiver Meinungsbildungsprozess stattgefunden. Die Fronten sind verhärtet. Die Erfahrungen im Geiselweid haben nicht dazu beigetragen, diese aufzuweichen. Im Geiselweid gibt es zusätzlich zum Naturbad ein konventionelles Bad. Im Naturbad muss zurzeit noch ein feiner Algenfilm in Kauf genommen werden. Das Bad musste aber nie geschlossen werden, sondern man ist davon ausgegangen, dass dieses Bad bei einer gewissen Belastung geschlossen werden muss, weil die natürliche Reinigung nicht genug stark ist. Im letzten Sommer musste das Bad aber trotz höchsten Frequenzen nie geschlossen werden. Die Wasserqualität ist kein Problem. Die Frage Naturbad Ja oder Nein wurde ausführlich diskutiert. Der Stadtrat will, das Bad Oberwinterthur mit einer Chlorreinigung ausstatten. In der jetzigen Finanzlage legt der Stadtrat ein moderates Sanierungskonzept vor und hält auch daran fest.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Antrag 1 der BBK abstimmen – das Nichtschwimmerbecken „Schüeli“ soll nicht aufgehoben werden und den Kindern von Oberwinterthur weiterhin zur Verfügung stehen.

Der Rat stimmt dem Antrag der BBK grossmehrheitlich zu.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Antrag 2 der BBK abstimmen – die Schwimmbecken, inklusive „Schüeli“ sollen statt mit einer Kunststoffolie mit Chromstahl (Cr Ni 18.8) ausgekleidet werden.

Der Rat stimmt dem Antrag der BBK grossmehrheitlich zu.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über Ziffer 1 des stadträtlichen Antrags abstimmen – das Sanierungskonzept für das Schwimmbad Oberwinterthur wird, mit den beiden Änderungen der BBK, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über Ziffer 2 des stadträtlichen Antrags abstimmen – für die Planung und Projektierung der wertvermehrenden Sanierungsmassnahmen im

Schwimmbad Oberwinterthur wird ein Kredit von 400'000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.

Der Rat stimmt dem Projektierungskredit einstimmig zu.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2009/044: Kredit von Fr. 465'000 für die nicht gebundenen Kosten der Sanierung des Restaurants Goldenberg

H. Keller (SVP): 1958 hat die Stadt Winterthur von einer Privatperson das Gebäude Goldenberg gekauft. Das Geschäft wurde nicht allein getätigt, um ein Ausflugsrestaurant in dieses Gebäude zu integrieren, sondern um einen wichtigen städtebaulichen Standort zu erhalten. Es handelt sich um ein einzigartiges Hanggebiet zwischen dem Lindberg und der Rychenbergstrasse. Nach dem Kauf der Liegenschaft durch die Stadt Winterthur wurde die Villa in das Ausflugsrestaurant Goldenberg umgebaut. 1989 wurde die Küche erweitert. Kurz vor der Neuverpachtung 2002 wurde im Untergeschoss eine neue Kälteanlage eingebaut ausserdem wurde die Küche saniert und eine Personalgarderobe eingebaut. 2003 erfolgte die Sanierung der Kanalisation.

Nun hat der Stadtrat beschlossen das Gebäude für 4,56 Millionen zu renovieren. Heute wird über den Betrag von 465'000 Franken abgestimmt, der als nicht gebunden erklärt worden ist. Die nicht gebundenen Kosten betreffen die Neuerstellung einer Wand und die Verschiebung des Ausgangs. Diese Arbeiten bedeuten eine Wertvermehrung. Ebenfalls in den Kosten von 465'000 Franken enthalten ist ein Anteil von 30 % der Kücheneinrichtung. Auch hier werden Anpassungen gemacht, die sich Wert vermehrend auswirken. 30 % der Kosten für die sanitären Einrichtungen sind ebenfalls nicht gebunden. Im Weiteren wird der Durchgang ins Restaurant erneuert. Sicher ist, dass das Restaurant nicht mehr den heutigen Bedürfnissen entspricht und dass dieser Umbau notwendig ist. Die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) hat deshalb diesem Kredit mit 7 zu 1 Stimmen zugestimmt.

Die SVP-Fraktion lehnt diesen Kredit ab. Eigentlich hätte sie gerne den ganzen Umbau abgelehnt, das geht aber nicht. Es ist nicht festgeschrieben, dass das Restaurant Goldenberg erhalten werden muss. Sicher, der Standort des Gebäudes ist für eine Restauration sehr gut. Aber für so viel Geld ein Restaurant umzubauen und zu betreiben, gehört nicht zum Auftrag der Stadt. Wenn dieser Betrieb in private Hände übergeben wird, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gross, dass das Restaurant im Sommer während 7 Tag pro Woche geöffnet ist und nicht nur 5 Tage, wie das jetzt der Fall ist. H. Keller hat in der BBK den Antrag gestellt, dass wenigstens während der Sommerzeit 6 Tage geöffnet wird. Der Wirt ist aber nicht dafür. Ganz schlimm ist, dass ein ehemaliger Chefbeamte der Stadt Winterthur, der jetzt in führender Position beim Kanton arbeitet, für 300 Leute eine Veranstaltung während 2 Tagen in Winterthur organisiert hat und den Eingeladenen im Restaurant Goldenberg einen Apéro servieren wollte. Vom Wirt des Restaurants hat er aber eine Absage kassiert, weil das Abendgeschäft dadurch gestört werde. Das obwohl er lange zum Voraus angefragt hat. Diese Leute, die sich 2 Tage in Winterthur aufgehalten haben, hätten dieses Restaurant bestimmt später wieder besucht. Deshalb ist die SVP der Meinung, das Restaurant kann ruhig verkauft werden, dann werden sich solche Ereignisse nicht mehr wiederholen. Fraglich ist auch, ob dieser Chefbeamte wieder einmal eine Veranstaltung in Winterthur organisieren wird.

M. Wenger (FDP): Die Aufsichtskommission hat mit 7 zu 2 Stimmen dem stadträtlichen Antrag zugestimmt. Auch die FDP ist für den Kredit von 465'000 Franken. Der Umbau ist notwendig, damit ein gutes Winterthurer Restaurant an Toplange von der breiten Bevölkerung weiterhin genutzt werden kann. Wenn der Wirt nicht aktiv ist, muss man vielleicht dafür sorgen, dass er aktiver wird. Daran darf das Projekt nicht scheitern. Mit einem Verkauf würde Winterthur einer der schönsten Standorte verlieren. Ein guter Verkaufspreis kann nur über eine Luxus- oder Eventgastronomie refinanziert werden – beides braucht Winterthur nicht

auf dem Goldenberg. Wenn die Stadt jetzt mit einem Verkauf Geld verdienen würde, verliert sie dieses Geld wieder aufgrund des Finanzausgleichs. Das wäre doch ziemlich dumm. Deshalb sagt die FDP Ja zum Kredit von 465'000 Franken.

N. Sabathy (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt dem Kredit ebenfalls zu. Das Restaurant Goldenberg ist mit seiner Toplage und dem herrlichen Blick über die Stadt einer der schönsten Orte in Winterthur. Zusammen mit dem benachbarten Aussichtspunkt Bäumli ist es ein Aushängeschild erster Klasse, das von vielen auswärtigen Gästen wie auch von den Winterthurerinnen und Winterthurern sehr geschätzt wird. So ein exklusiver Ort muss der Öffentlichkeit erhalten bleiben und darf nicht verkauft werden, wie das die SVP vorgeschlagen hat. Damit das Restaurant Goldenberg seiner Bedeutung gerecht werden kann, muss es entsprechend gepflegt oder eben saniert werden. Der heutige Zustand mit erheblichen Mängeln im Betriebsablauf, in der Küche und in der technischen Infrastruktur genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr. Wenn der Betrieb nicht mehr stimmt, bleiben auch die Gäste aus. Dass der von H. Keller erwähnte Anlass nicht durchgeführt werden konnte, ist nicht das Problem des Besitzers sondern des Betreibers. Der Besitzer des Restaurants kann dem Betreiber entsprechende Auflagen machen, damit können solche Vorkommnisse vermieden werden. Aus diesen Gründen befürwortet die CVP den Kredit.

F. Landolt (SP): Die SP-Fraktion steht hinter diesen Kredit. Es ist eine Grundsatzfrage, ob man für dieses Restaurant ist oder nicht. Die Fraktion steht zwar nicht ganz einheitlich hinter dem Restaurant Goldenberg aber doch mehrheitlich. Materiell wird mit dieser Vorlage das Richtige gemacht. Es wird in die Betriebsoptimierung, in die energetische Sanierung und in die Oberflächensanierung investiert. Dass im nicht gebundenen Anteil das Mobiliar enthalten ist, wird dem Betrieb gut tun. In der Wesung wird ausführlich über den seit längerer Zeit aufgeschobenen Unterhalt informiert. Dieser Aspekt wurde in der SP-Fraktion diskutiert und die Fraktionsmitglieder können dieser Argumentation folgen. Die Unterscheidung zwischen dem aufgeschobenen laufenden Unterhalt und den Investitionen, die abgeschrieben werden müssen, ist nicht einfach. Diese Grenzen sind fließend. Aber die SP kann damit leben. Als Architekt ist F. Landolt allerdings erstaunt, dass aus dieser Weisung nicht identifiziert werden kann, von wem das Projekt stammt. Es ist nicht die Stadt, die dieses Projekt entworfen hat, sondern ein Architekturbüro. Es wäre schön, wenn der Name dieses Büros in der Weisung erscheinen würde.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Weisung. Mit dieser Weisung entscheidet der Gemeinderat über die nicht gebundenen Ausgaben von 465'000 Franken für die Sanierung des Restaurants Goldenberg. Die restlichen rund 4 Millionen sind gebunden und der Gemeinderat kann darüber nicht entscheiden. Dass der Gemeinderat überhaupt über diese Sanierung diskutieren kann, ist nicht zuletzt der Aufsichtskommission zu verdanken, die beharrlich darauf bestanden hat, dass Effizienz steigende Massnahmen nicht als gebunden betrachtet werden können. Trotzdem gibt es einen kleinen, aber bitteren Nachgeschmack, weil der Gemeinderat lediglich über 10 % der Sanierungskosten entscheiden kann und die restlichen 90 % gebunden sind. Gebundenheit heisst, dass diese Massnahmen zwingend und unverzüglich auszuführen sind. Andernfalls ist mit erheblichem Wertverlust für das Restaurant Goldenberg zu rechnen. Hier stellt sich die Frage, wie es zu diesem erheblichen Investitionsnachholbedarf kommen konnte. Das Restaurant steht keineswegs kurz vor dem Zerfall. Eine Weisung über den ganzen Betrag hätte rascher vorgelegt werden können. Anstatt am 5. Januar 2009 mit der Kommission die Besichtigung vor Ort zu organisieren und sich danach auf eine lange Diskussion über die Gebundenheit einzulassen, hätte der Stadtrat eine Weisung über den Gesamtbetrag dem Gemeinderat vorlegen können. Für eine Sanierung gibt es gute Argumente. Dass der Stadtrat trotzdem auf der Gebundenheit von rund 90 % der Ausgaben beharrt, ist unverständlich. Dass der Stadtrat den Begriff der Gebundenheit über das natürliche Mass hinaus ausdehnt, kann man nicht nur am Beschluss des Bezirksrates im Fall Schloss Wülflingen erkennen sondern auch am Revisionsbericht und an laufenden Vorstössen aus dem Rat. Auch in den Diskussionen anlässlich der Rechnungsabnahme gab es mehrere Hinweise in diese Richtung. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion bittet den Stadtrat, sich nicht unnötig hinter dem formalen

Argument der Gebundenheit zu verstecken. Der Stadtrat wird eingeladen vermehrt zusammen mit dem Parlament politische Entscheide zu fällen.

Trotzdem hat die Fraktion Verständnis für das Herzblut, mit dem sich der Stadtrat für das Restaurant Goldenberg einsetzt. Die Lage des Restaurants ist eine Sensation und der Blick über Winterthur ist einmalig. Es muss, und da ist sich der grösste Teil der Faktion einig, unbedingt in der Hand der Stadt bleiben. Die Fraktion scheut keine öffentliche Diskussion über den Verbleib dieses Aussichtspunktes in öffentlicher Hand und ist sich sicher die besseren Argumente zu haben. Auch die Mehrheit der Winterthurer Bevölkerung dürfte dieser Meinung sein. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion lehnt einen Verkauf der Liegenschaft ab. Das Restaurant Goldenberg ist zusammen mit dem Bäumli einer der wenigen Orte in der Stadt Winterthur an dem verschiedene Gesellschaftsschichten in einer positiven Grundstimmung aufeinander treffen. Das Restaurant Goldenberg ist auch freiwillige und natürlich gelebte Integration. Wer an einem schönen Sonntagnachmittag das Restaurant besucht, stellt fest, dass alle Gesellschaftsschichten den Ausblick über die Stadt Winterthur geniessen. Ein Verkauf des Restaurants würde diese Integrationsfunktion aufs Spiel setzen. Das Restaurant Goldenberg ist ein Ausflugsort für alle und soll das auch bleiben. Aus diesem Grund stimmt die EVP/EDU/GLP-Fraktion dem Kredit zu.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion stimmt dem Kredit zu. Wie bereits erwähnt, ist die Fraktion ebenfalls der Ansicht, dass das Restaurant Goldenberg ein wichtiges Ausflugsziel ist und erhalten bleiben muss. Anders als M. Zeugin und seine Fraktion, hätte die Grüne/AL-Fraktion damit leben können, wenn der ganze Betrag als gebunden erklärt worden wäre. Die Aufteilung, die der Stadtrat zwischen gebundenen Ausgaben und nicht gebundenen Ausgaben gemacht hat, ist nachvollziehbar. Die Fraktion ist damit einverstanden.

R. Isler (SVP): Im vorangegangenen Traktandum hat Stadträtin P. Pedernana erklärt, welche Ausgaben in den nächsten Jahren auf die Stadt zukommen werden. Heute hätte der Gemeinderat die Gelegenheit um ein Problem zu lösen. Das Bäumli und der Goldenberg sollen erhalten bleiben. Wenn man sich in der näheren und weiteren Umgebung umsieht, stellt man fest, dass es mehrere Lokale gibt, die früher der öffentlichen Hand gehört haben und heute privatisiert sind. Auch in diesen Lokalen verkehrt nicht nur die Crème de la Crème der Gesellschaft. Diese Restaurants besucht auch R. Isler mit seiner Familie, wenn er am Wochenende eine Wanderung unternimmt. Es wurde behauptet, wenn das Restaurant verkauft wird, müsse die Stadt das Geld dem Kanton abgeben. Anhand der Rechnung ist aber ersichtlich, dass die Stadt noch andere Investitionen tätigen muss für die das Geld benötigt wird. Es spricht nichts gegen einen Verkauf des Restaurants Goldenberg, wenn dem Käufer gewisse Auflagen gemacht werden, damit auch den Anliegen der Ratsmitte und der Linken Rechnung getragen wird. Es ist blauäugig zu Glauben, dass nach dem Umbau die jährlichen Kapitalfolgekosten vom Betreiber eingespielt werden können. Die Stadt muss sehr hohe Investitionskosten tragen. Jetzt besteht die Gelegenheit, dieses Restaurant zu verkaufen und den Erlös in dringend notwendige Investitionen fliessen zu lassen. Vor allem muss die Stadt nicht mehr das jährliche Defizit des Betriebes tragen.

J. Würigler (SP): Nicht die ganze SP-Fraktion stimmt dieser Vorlage zu. J. Würigler wünscht sich vom Stadtrat ein Restaurantkonzept. Offensichtlich gibt es das bereits. Es wurde dem Gemeinderat aber noch nicht zugänglich gemacht. Die SP-Fraktion ist sich darüber einig, dass Restaurants, die in den Quartieren den Charakter eines Treffpunktes haben, erhalten werden müssen. Auf das Restaurant Goldenberg trifft das aber nicht zu. Auch vom Grundriss her ist die Liegenschaft für ein Restaurant nicht ideal, das steht auch in der Weisung. Die Stadt hat diese Villa von einem Fabrikanten gekauft. Jetzt tun alles so, als wäre es beinahe ein Naturgesetz, dass die Stadt dieses Gebäude behalten muss, nur weil es fast am höchsten Punkt der Stadt steht. Die finanziellen Konsequenzen müssten in dieser Hinsicht durchdacht werden. Jetzt sollen 4,5 Millionen aufgewendet werden, das kostet die Stadt jährlich fast eine halbe Million. Bei einem Verkauf würde das Geld nur dann an den Kanton fliessen, wenn die Liegenschaft über dem Buchwert verkauft würde. Bei einem Verkauf würden auch die 4,5 Millionen an Investitionen gespart. Die Stadt hat zu wenig Geld für notwendige Investitionen. Der Gemeinderat hat über den Projektkredit für das Schwimmbad Ober-

winterthur abgestimmt. Der Kredit für die Sanierung muss noch bewilligt werden und wird die Stadt einige Millionen kosten. Wenn es abzuwägen gilt, ob das Schwimmbad Oberwinterthur saniert werden soll oder das Restaurant Goldenberg, dann gibt J. Würgler dem Schwimmbad den Vorzug. Der Gemeinderat wird in Zukunft noch oft solche Entscheide fällen müssen. Heute wird zwar nur über den Kredit für die Sanierung diskutiert und nicht über den Verkauf des Restaurants Goldenberg. Zum Kredit muss J. Würgler Nein sagen. Es wäre besser gewesen, wenn die Grundsatzfrage ob das Restaurant verkauft werden soll, zuerst gestellt worden wäre.

R. Werren (FDP): Diese Übung, das heisst diese Vorlage, hätte sich der Stadtrat sparen können. Es gibt nur zwei Varianten – verkaufen oder sanieren. R. Werren wüsste gerne, wer im Gemeinderat den Mut hätte einem Verkauf des Restaurants Goldenberg zuzustimmen. Dieses Ausflugsziel ist in der Bevölkerung verankert. Die FDP ist für diese Sanierung. Die Ansicht, dass der Stadtrat den Pächtern Vorschriften in Bezug auf die Unternehmensführung machen sollte, teilt die FDP nicht. Die SVP hat sehr variable Meinungen, was die städtischen Restaurants anbelangt.

Stadträtin V. Gick dankt für die Diskussion. Sie hat überwiegend Zustimmung herausgehört und freut sich, dass die Mehrheit des Gemeinderates mit dem Stadtrat einig geht, dass ein Verkauf des Goldenbergs nicht in Frage kommt. Es handelt sich um eine Liegenschaft an einem einzigartigen Aussichtspunkt. Das Restaurant ist sehr beliebt und wird von allen Schichten aufgesucht. Es wäre eine Sünde das Restaurant zu verkaufen. Auch wenn man die Liegenschaft mit der Auflage verkaufen würde, dass ein Restaurant betrieben werden muss, könnte diese Beschränkung des Eigentums nur für eine befristete Zeit aufrecht erhalten werden. Danach könnte das Restaurant geschlossen werden und die Liegenschaft wäre für die Bevölkerung nicht mehr zugänglich. Das würde der Stadtrat bedauern. Die Öffnungszeiten des Restaurants Goldenberg sind angesprochen worden. Es handelt sich um einen Familienbetrieb, der von zwei Familien geführt wird. Das Restaurant ist an 5 Tagen pro Woche geöffnet. Am Dienstag ist der Betrieb aber für spezielle Anlässe geöffnet. Der Stadtrat hat mit den Betreibern gesprochen. Sie sind bereit nach dem Umbau im Sommer das Restaurant an 6 Tagen pro Woche zu öffnen. Die Projektierung für den Umbau wurde an das Architekturbüro Brunnschwiler, Denzler, Erb vergeben. Der Stadtrat hat einen Wettbewerb ausgeschrieben und aus verschiedenen Eingaben den besten Entwurf ausgesucht. Es ist moniert worden, dass der Nachholbedarf in Bezug auf den Unterhalt sehr gross ist. Das ist richtig. Es ist die Kunst des Möglichen, die der Stadtrat pflegt. Er muss ständig prüfen, wie die Mittel für Investitionen und Unterhalt eingesetzt werden können. Der Stadtrat hat in der Weisung dargelegt, dass er für die Sanierung des Restaurants 2 Millionen aus der laufenden Rechnung einsetzen kann. Damit können die Folgekosten gesenkt werden und werden pro Jahr ca. 200'000 Franken betragen. Dieses Vorgehen entspricht dem Finanzrecht. Der Unterhalt sollte aus der laufenden Rechnung bezahlt werden. Das ist aber in der Regel gar nicht möglich. Stadträtin V. Gick würde sich sehr freuen, wenn die Ratsmitglieder diesem Kredit zustimmen würden. Mit dem Umbau des Restaurants kann ein wichtiges Ausflugsrestaurant erhalten werden an einer einmaligen Lage.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Kredit von 465'000 Franken für die nicht gebundenen Kosten für die Sanierung des Restaurants Goldenberg abstimmen.

Der Rat stimmt dem Kredit mit 39 zu 12 Stimmen zu.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2009/047: Viertes Rahmenkredit von Fr. 5 Mio. für Anlagenobjekte des Betriebes Energie-Contracting von Stadtwerk Winterthur

F. Landolt (SP): Energie-Contracting bezeichnet die Aktivitäten des Profitcenters, das sich mit Energie beschäftigt. Das Profitcenter produziert Energie auf städtischen Anlagen. Der Kredit wird mit einem Zinssatz von 3,5 % verzinst. Dieser Geschäftszweig der Stadtwerke arbeitet erfolgreich und gewinnbringend – das Geld fliesst mittels Verzinsung und mittels Kapitalrückfluss in die Stadtkasse zurück. Die Stadt übernimmt in diesem Sinne die Rolle einer Bank. Auf Seite 2 der Weisung sind die Projekte des Profitcenters aufgeführt. Diese Geschäftsaktivitäten sind seit dem Jahr 2000 erfolgreich. Hauptsächlich wird Wärme verkauft. Eine zentrale Stellung spielen Holzschneitzelheizungen. Man geht davon aus, dass die CO² Bilanz dieser Heizungen neutral ist, weil die Bäume während des Wachstums CO² binden. Das heisst mittelfristig ist die Holznutzung CO² neutral. Weiter Holzschneitzelheizungen sind projektiert und werden jeweils mit einem Fernwärmenetz verbunden. Auch das Projekt für die Dampfversorgung für Sulzer Chemtech AG oder das Fernwärmenetz für das geplante Schulhaus Wyden gehören zu den Anlagenobjekten. Mit dem Kälte-Energie-Contracting im Entwicklungsgebiet Oberwinterthur steht ein grosses Projekt kurz vor der Vertragsunterzeichnung. Die bisherigen Rahmenkredite werden damit ausgeschöpft beziehungsweise reichen dafür nicht aus. Das Profitcenter kann gegenüber dem Energieabnehmer die notwendigen Verpflichtungen nicht mehr eingehen. Deshalb ersucht der Stadtrat um einen weiteren Kredit.

Im Quartier Wyden wird ein neues Schulhaus gebaut. Im Zusammenhang mit diesem Bau ist eine Holzschneitzelheizung geplant, die einen Teil des Quartiers mit Fernwärme versorgen soll. Das bringt finanzielle und ökologische Vorteile. Der Energieplan der Stadt spielt eine grosse Rolle. In diesen Gebieten kann den Privaten nahegelegt werden, Wärme von der Stadt zu beziehen. Es handelt sich um ein ökologisches und gewinnbringendes Vorhaben. Im Jahr 2009 wird zum ersten Mal Geld in die Stadtkasse zurückfliessen – gerechnet wird mit 261'000 Franken. Die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) hat sich einstimmig für den Kredit ausgesprochen. Die SP-Fraktion schliesst sich diesem Antrag an.

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Die Stadtwerke haben sich in den letzten Jahren Know-how und Erfahrung im Betreiben und Unterhalten von Energie erzeugenden Anlagen aufgebaut. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion findet es erfreulich, dass die Dienste der Stadtwerke in diesem Bereich immer mehr gefragt sind. Damit können die Stadtwerke dazu beitragen, dass sich umweltfreundliche Energieerzeugungsanlagen weiter verbreiten. Dabei entstehen auch Synergien, weil das Holz aus den Winterthurer Wäldern zur Energieerzeugung genutzt werden kann. Dass sich die erfreuliche Entwicklung des Energie-Contractings auch über eine Gewinnbeteiligung der Stadtkasse positiv auswirkt, ist nicht bloss eine angenehme Nebenerscheinung. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion stimmt dem Kredit gerne zu.

J. Altwegg (Grüne/AL): Auch aus der Sicht der Grüne/AL-Fraktion ist Energie-Contracting ökologisch. Neben Strom, Wasser und Gas ist für die Stadtwerke der Verkauf von Wärme und Kälte ein wichtiger Zweig. Der einzig heikle Punkt ist kein ökologischer sondern ein ökonomischer. Das Risiko trägt der Steuerzahler. Wenn eine der grossen Firmen, die Energie abnehmen und dafür grosse Summen bezahlen, in Konkurs gehen würde – dieses Risiko ist in der momentanen Krisensituation real – dann müsste das der Steuerzahler berappen. Bis heute ist es jedoch ein lukratives Geschäft. Der Gemeinderat bewilligt mit diesem Kredit bereits die vierte Tranche. J. Altwegg hofft, dass das Energie-Contracting weiterhin erfolgreich bleibt und keine grössere Firma in Konkurs geht. Er hat nachgefragt, ob ein Kredit nicht auch privatwirtschaftlich aufgenommen werden könnte – zum Beispiel bei einer Bank. Das lässt die Verordnung von Winterthur nicht zu, die Stadtwerke dürfen nur bei der Stadt einen Kredit aufnehmen. Die Wirtschaftlichkeit des Energie-Contractings ist gegeben. Die Grüne/AL-Fraktion spricht sich einstimmig für den Kredit aus.

W. Steiner (SVP): Das Energie-Contracting ist seit dem Start im Jahr 2000 kontinuierlich gewachsen und das Profitcenter ist als verlässlicher Energielieferant bekannt. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für einen weiteren Rahmenkredit von 5 Millionen und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die Betriebsreserven konnten laufend erhöht werden. 2. Mit den über 100 Kundenprojekten ist das Risiko von Insolvenzen trotz schlechter Wirtschaftslage klein. 3. Es ist wiederum ein grosser Beitrag der Stadt Winterthur zur nachhaltigen Energiebewirt-

schaftung. Die SVP hofft, dass die Gewinnprognose für die kommenden Jahre zutrifft und die Stadt entsprechende Gewinnzahlungen erhält.

J. Heusser (FDP): Es ist bereits vieles gesagt worden und es bleibt nicht mehr viel zu sagen. Die FDP-Fraktion ist klar für diesen Kredit. Solange es in der Stadt Winterthur keinen privaten Anbieter gibt, ist die FDP sehr froh, dass die Stadt diese Aufgabe übernimmt. Die Stadt kann zudem damit Geld verdienen. Deshalb stimmt die FDP sehr gerne zu.

N. Sabathy (CVP): Die CVP-Fraktion kann diesem Kredit zustimmen. Energie-Contracting ist ein rentables Geschäft und hat sich zu einem etablierten Bereich der Stadtwerke Winterthur entwickelt. In diesem Geschäftsjahr soll erstmals eine Gewinnbeteiligung an die Stadtkasse ausbezahlt werden. Zurzeit stehen grössere Projekte an, die jetzt gestartet werden können und finanziert werden müssen. Die CVP unterstützt eine wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Investition.

Stadtrat M. Gfeller dankt für die positive Aufnahme des Geschäfts. Der Stadtrat freut sich, dass die Stadtwerke mit dem Energie-Contracting im bewährten Tempo weiterfahren können. Er ist sich aber bewusst, dass die Konkurrenz eher verschärft wird. Verschiedene Werke wie EWZ oder EKZ haben dieses Betätigungsfeld ebenfalls entdeckt. In Winterthur können aber weitere Projekte realisiert werden. Es handelt sich um eine Win-win-Situation, insbesondere weil das Energie-Contracting der Stadt Winterthur stark ist, sich gut weiterentwickelt hat und technisches Know-how auf dem Gebiet der Holzschneitzelheizungen entwickelt hat. Weitere Gewinner sind die Forstbetriebe von Winterthur. Holz als Brennstoff ist dann sinnvoll, wenn die Transportwege kurz sind. Das ist in Winterthur der Fall. Stadtrat M. Gfeller sieht nur Gewinner und ist dankbar für die Zustimmung durch den Gemeinderat und die rasche Behandlung durch die BBK und den Rat.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Da kein Ablehnungsantrag gestellt wurde, hat der Gemeinderat den Kredit von 5 Millionen bewilligt.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2008/016: Beantwortung der Interpellation U. Böni (SP) betreffend Wohnstadt - Arbeitsstadt - Freizeitstadt, die gesunde Durchmischung macht

U. Böni (SP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Allen ist klar - Winterthur ist eine attraktive Wohnstadt. Es braucht aber auch genügend gute Arbeitsplätze in Winterthur. Einerseits müssen die vorhandenen Arbeitsplätze erhalten bleiben, andererseits sind auch neue anzusiedeln. Der Stadtrat hat im August 2008 die Interpellation beantwortet und im November die Ausgangslage und Massnahmen in einem Arbeitspapier skizziert. Grundsätzlich stellt der Stadtrat fest mit dem vergangenen und aktuellen starken Druck im Wohnungsbau sind die Gewerbeflächen auf Stadtgebiet knapp geworden. Dazu haben auch diverse Umzonungen von Gewerbe- und Industriezonen in Wohnzonen beigetragen. Was heisst das konkret? Insgesamt ist die Fläche für Gewerbe und Industrie in den letzten 20 Jahren um 25 % gesunken. Die meisten dieser Flächen sind im Besitz weniger Eigentümer und die wenigsten dieser Flächen sind im Angebot – schon gar nicht für kleinere Einzelnutzungen. Das Angebot ist also mehr als knapp und wie die Grösse der Gewerbeflächen ist auch die Anzahl der Arbeitsplätze in Winterthur gesunken oder stagniert, hält aber nicht Schritt mit dem Anstieg der Wohnbevölkerung. Fazit: Die Wohnbevölkerung in Winterthur wächst, die Anzahl lokaler Arbeitsplätze sinkt. Der Stadtrat stellt weiter fest, dass ein ausreichendes Angebot an Büroflächen besteht. Hingegen besteht eine Knappheit an Grundstücken für gewerbliche Neubauten, für Unternehmensausbauten und für die Ansiedlung von Firmen. Diese Knappheit betrifft vor allem Gewerbebetriebe mit grösserem Flächenbedarf und kleinerer Wertschöpfung, das heisst Handwerksbetriebe mit Lager und Magazin. Für diese sieht der Stadtrat Möglichkeiten in den umliegenden Gemeinden. Für Firmendrün-

dungen sind auch Zwischennutzungen interessant, mit tieferem Ausbau und geringeren Kosten. Diese Möglichkeiten schwinden ebenfalls. Einige Zwischennutzerinnen und Nutzer wechselten in der Folge in teurere Räumlichkeiten, andere gaben auf.

Wie beurteilt der Stadtrat die Lage und was unternimmt er konkret? Das vorhandene Angebot an Gewerbeland wird als sehr knapp beurteilt. Eine gewisse Landknappheit fördert zwar den haushälterischen Umgang mit dem Boden, dennoch möchte der Stadtrat vorhandene Gewerbeflächen nur noch in speziellen Situationen in Wohnflächen umzonen – zum Beispiel um eine gute Durchmischung von Wohnen und Arbeiten zu erreichen. Der Stadtrat kann sich vorstellen Landkäufe zu tätigen, um längerfristig über strategische Reserven zu verfügen. Die städtischen Grundstücke will der Stadtrat im Sinne maximaler Anzahl Arbeitsplätze und Steuererträge für Betriebsansiedlungen bereithalten – also mit hoher Wertschöpfung für die Stadt. Um den Flächenverlust für Wohnbauten durch Umzonungen zu kompensieren, soll Land aus der Reservezone für gewerbliche Zwecke eingezont werden. U. Böni teilt die Ansichten des Stadtrates. Längerfristig muss es das Ziel der Stadtpolitik sein – neben einer erfolgreichen Wohnpolitik und einem attraktiven Kultur- und Freizeitangebot – eine ebenso erfolgreiche Politik für mehr Arbeitsplätze in Winterthur auszugestalten. Vielleicht in der momentanen wirtschaftlichen Krisenstimmung prioritär mit dem Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze, für die Zukunft soll aber, im Sinne einer guten Durchmischung, die Anzahl Arbeitsplätze in Winterthur gefördert und ein deutliches Wachstum angestrebt werden. Bezüglich der erwähnten Wertschöpfung ist folgendes zu sagen: Je bunter die Mischung, vom Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben, vom grossen Industriebetrieben und kleinen Unternehmen, desto weniger anfällig ist Winterthur in der Krise. Betriebe lokal in Winterthur zu erhalten und anzusiedeln ist aus wirtschaftlichen, steuerlichen und ökologischen Gründen spannender für die Stadt als deren Verdrängung in die Nachbargemeinden.

G. Bienz (CVP): Die CVP-Fraktion hat sich bereits bei der Einreichung dieser Interpellation über die Fragenstellung gewundert und hat den Vorstoss nicht unterstützt. Gewundert hat sich die CVP, weil man sich die Antworten auf den grössten Teil der Fragen selber hätte beschaffen können. Vor allem die Antworten zu den Fragen 1 und 2 sind jederzeit auf dem Internet abrufbar unter den in der stadträtlichen Antwort erwähnten Internetadressen www.stadtentwicklung.winterthur.ch und www.statistik.stadtwinterthur.ch. Die Antwort auf die Frage 3 gibt eine ausführliche Erklärung betreffend Bodenpreise in der Stadt Winterthur und den Nachbargemeinden. Die Aufsichtskommission (AK) hatte bereits Kenntnis von den meisten Informationen, wird sie doch regelmässig durch den Stadtentwickler über den neuesten Stand informiert. Die Stadt, die Stadtentwicklung und die Standortförderung ziehen am gleichen Strick. Sie wollen ein gutes Zusammenspiel zwischen Wohn-, Arbeits- und Freizeitstadt erreichen. Diese Bestrebungen sind bereits seit langem vorhanden. Die Interpellation hat offene Türen eingerannt.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine ausführliche und transparente Beantwortung der Interpellation bezüglich Wohnstadt – Arbeitsstadt – Freizeitstadt – und nimmt diese in zustimmendem Sinn zur Kenntnis. Als diese Fragen eingereicht wurden, war die inzwischen ausgebrochene Finanzkrise noch nicht im ganzen Ausmass erkennbar. Es kann deshalb in der Zwischenzeit davon ausgegangen werden, dass die Nachfrage – sowohl nach Industrie, wie auch nach Bauland – rückläufig ist. Wie in der Frage 2 ausgewiesen wird, besitzt die Stadt ca. 7 Hektaren Land. Sie ist aber gut beraten, wenn sie diese sichere Kapitalanlage nicht voreilig veräussert. Die FDP vertraut dem Stadtrat, dass er mit seinen Bemühungen weiterfährt, damit Winterthur als prosperierende Stadt neben Zürich wahrgenommen wird und eine gesunde Durchmischung von Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten erhalten bleibt.

Stadtpräsident E. Wohlwend hat der Debatte nichts hinzuzufügen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit wird die Interpellation als erledigt abgeschlossen.

14. Traktandum

GGR-Nr. 2007/043: Antrag und Bericht zum Postulat B. Baltensberger (SP), B. Günthard Fitze (EVP/GLP), G. Bienz-Meier (CVP) und S. O'Brien (Grüne/AL) betreffend Einführung des Lohngleichheitstests (Logib) in der Stadtverwaltung

B. Baltensberger (SP) dankt dem Stadtrat für die ausführliche Postulatsantwort. Zusammenfassend wird gesagt, dass die Stadt Winterthur in Sachen Lohngleichstellung absolut gut dasteht. Dank der Einführung von BEREWI, der Funktionsbewertungsanalyse und PIAS ist die Überprüfung der Lohngleichheit in der Stadtverwaltung Logib überlegen. Das ist einleuchtend. Im neuen Geschäftsbericht wird ausgeführt, dass der Stadtrat 2008 aufgrund dieser Kennzahlen, Massnahmen in den Bereichen Beförderungen, Leistungsanteil, Qualifikationsprädikat, Teilzeitarbeit und Kaderselektion beschlossen hat. Eine entsprechende Überprüfung ist zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen. Das klingt auf den ersten Blick sehr gut. Gleichheit ist aber grundsätzlich nur durch Transparenz erreichbar. Das gilt auch für die erwähnten Massnahmen und Kennzahlen. B. Baltensberger schlägt vor, dass in Zukunft in der Personalzeitung einmal jährlich konkret dargestellt wird, was mit den erhobenen Kennzahlen gemacht wird, welche Massnahmen warum eingeleitet werden und wie es mit der Umsetzung aussieht. In diesem Sinne und mit dieser Ergänzung nimmt die SP-Fraktion im positiven Sinn Kenntnis von der Postulatsantwort. Der Bund hat Anfang März mit Arbeitgebern und Gewerkschaften ein Projekt lanciert unter dem Namen „Gleichheitsdialog“. Unternehmen können sich verpflichten das Lohnsystem auf Diskriminierung hin zu überprüfen. Es wäre auch für Winterthur wünschenswert, wenn in Zukunft bei der Vergabe von Aufträgen den Unternehmungen die Rote Karte gezeigt würde, die in Sachen Lohngleichheit noch immer schlafen.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) dankt dem Stadtrat für die ausführliche Postulatsantwort. Daraus ist ersichtlich, dass mit dem System PIAS, mit BEREWI und der Einführung der Funktionsbeurteilungsanalyse sogar mehr Vergleichszahlen erhoben werden können als mit Logib. Weiter ist zu befürworten, dass in der Funktionsbeurteilungskommission immer auch eine Beauftragte des Gleichstellungsbüros dabei ist, wenn neue Stellen geschaffen oder bestehende Stellen überprüft werden. Die Frage ist aber wie und wo diese Zahlen zur Erreichung der Lohngleichheit genutzt werden. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind viele Firmen geneigt das Thema der Gleichstellung an den Rand zu drängen. Es ist also notwendig die geschlechtsspezifische Lohnentwicklung weiter zu verfolgen und darauf aufmerksam zu machen. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion wünscht sich detaillierte Auskünfte über die Empfehlungen, die Massnahmen und die Ergebnisse der Umsetzung. Es wäre zudem von Vorteil, wenn jedes Jahr das Thema in der Personalzeitung aufgenommen würde – nicht nur aus Anlass des 20jährigen Bestehens des Gleichstellungsbüros. In diesem Sinn nimmt die EVP/EDU/GLP-Fraktion die Antwort im positiven Sinn zur Kenntnis.

G. Bienz (CVP): Die Bekämpfung der Lohnungleichheit ist für die CVP ein grosses Anliegen. Die Überprüfung der Lohngleichheit scheint mit Logib überall in der Arbeitswelt möglich. Ist das also ein Wundermittel? Das weiss niemand. Denn das System Logib zu verstehen und seine Wirkung einzuschätzen, übersteigt die Fähigkeiten der CVP. Sie dankt deshalb dem Stadtrat für den sehr informativen Bericht zum Postulat betreffend Einführung des Lohngleichheitstestes in der Stadtverwaltung. Diesem Bericht ist zu entnehmen, dass Logib für die äusserst heterogene Stadtverwaltung nur ein grobes Instrument ist, um Lohnungleichheiten festzustellen und dass die Stadtverwaltung über feinere Instrumente verfügt. Die CVP-Fraktion nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Stadtverwaltung sehr viel zur Verwirklichung der Lohngleichheit unternimmt. All die Instrumente, über die die Stadtverwaltung verfügt, sind in der Antwort aufgelistet. Damit auf dem Weg zur Lohngleichheit Fortschritte und keine Rückschritte gemacht werden, ist es wichtig, dass der Stadtrat die Empfehlungen der Gleichstellungsbeauftragten nicht nur zur Kenntnis nimmt sondern die Öffentlichkeit darüber informiert, dazu offen Stellung bezieht und gegebenenfalls die notwendigen Massnahmen anordnet. Mit Hilfe eines Gleichstellungsberichtes – wie ihn die

Stadt Zürich kennt – und einer Verpflichtung des Stadtrates zur Stellungnahme dazu, könnte dieses Ziel erreicht werden. Die CVP hofft, dass Unternehmen, die noch nicht damit begonnen haben den Verfassungsgrundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umzusetzen, durch die im stadträtlichen Bericht aufgeführten Instrumente und das neue Instrument „Lohn-gleichheitsdialog“ des Bundes und der Sozialpartner zum Handeln angeregt werden. Die CVP-Fraktion nimmt vom Bericht des Stadtrates in zustimmendem Sinn Kenntnis und dankt dafür.

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Postulatsantwort. Anfänglich war die Fraktion aufgrund der ablehnenden Haltung des Stadtrates gegenüber Logib skeptisch. Nach einem Besuch des Gleichstellungsbüros ist die Antwort aber verständlich und nachvollziehbar. Im Unterschied zum vorgeschlagenen System Logib mit dem die Qualifikation der Mitarbeitenden beurteilt wird, definiert BEREWI die Stelle. Damit dieses System wirklich funktioniert, ist es wichtig, dass die Qualifikation der Mitarbeitenden exakt auf die Stellen angepasst ist. Nur so funktioniert ein gerechtes Lohnsystem. B. Dubochet schliesst sich den Vorrednerinnen und Rednern an. Auch die Grüne/AL-Fraktion wünscht einen regelmässigen Bericht über den tatsächlichen Stand der Gleichstellung im Jahresbericht. Die Fraktion ist mit der Antwort zufrieden.

M. Wenger (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Postulatsantwort. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Mann und Frau ist richtig und muss überprüfbar sein. Das im Jahr 2006 eingeführte Personalrechnungssystem PIAS kann das offensichtlich und bringt im Vergleich zu Logib gleich gute oder gar bessere Informationen – ein Kompliment für die Beschaffung dieses System. Allen ist bewusst, dass jedes System nur so gut ist, wie die Daten, die erfasst werden. Zudem müssen die verantwortlichen Vorgesetzten mit den daraus gewonnenen Erkenntnissen richtig umgehen. Die FDP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates positiv zur Kenntnis.

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt im positiven Sinn von der Postulatsantwort Kenntnis und dankt dem Stadtpräsidenten für den Bericht. Seit 2 Jahren gibt es keinerlei Verfehlungen in Bezug auf die Gleichstellung. Die Jahresberichte der Personalverbände und des Gleichstellungsbüros aber auch des Ombudsmannes zeigen, dass der oberste Personalchef, Stadtpräsident E. Wohlwend, die Stadtverwaltung im Griff hat. Deshalb ist die SVP-Fraktion nicht dafür, dass in der Stadtverwaltung das Lohngleichheitsinstrument Logib eingeführt wird. Selbstverständlich wäre es löblich, wenn auch in der Privatwirtschaft für gleiche Arbeit der gleiche Lohn bezahlt würde. Manchmal, wenn man entsprechende Klagen hört und der Sache nachgeht, stellt man zum Teil fest, dass jemand, der länger in einem Betrieb arbeitet auch mehr Lohn erhält als jemand, der erst kürzlich die Arbeit angetreten hat. In diesem Sinne nimmt die SVP den Bericht im positiven Sinn zur Kenntnis.

Stadtpräsident E. Wohlwend dankt den Ratsmitgliedern für die gute Aufnahme des Berichts. Gleichstellung ist eine Daueraufgabe, die nicht nur weibliche Mitarbeitende im Visier hat sondern auch männliche. So gesehen ist es ein dauerndes Ringen um Ausgleich. Deshalb braucht es auch Gleichstellungsbeauftragte, die darauf schauen, dass Gleichstellung auch dort realisiert wird, wo sie noch nicht erreicht worden ist. Der Stadtpräsident ist mit den Ratsmitgliedern einverstanden, etliche Privatfirmen können sich wahrscheinlich an der Stadtverwaltung ein Beispiel nehmen. Wenn alle Privatfirmen sich ähnlich aufstellen und diesem Problem die gleiche Aufmerksamkeit schenken würden wie die Stadt, sähe die Welt etwas anders aus. Stadtpräsident E. Wohlwend versichert, dass die Stadt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Vorsätze nicht über Bord werfen sondern den Vorgaben, die im Personalstatut formuliert sind, selbstverständlich weiterhin nachleben wird. Die Anregungen bezüglich Informationen im städtischen Info-Blatt nimmt der Stadtpräsident gerne auf. Die Ratsmitglieder können aber gewiss sein, dass die Stadtverwaltung über ein zweites Informationssystem verfügt, nämlich die innerbetriebliche Information. Es ist Aufgabe der verschiedenen Departemente, das weiterzutragen, was der Stadtrat beschliesst. In diesen Tagen sind die Auswertungen der PIAS vorgelegt worden. Damit sind Empfehlungen verbunden, die von den Gleichstellungsbeauftragten formuliert worden sind. Der Stadtrat schliesst sich diesen Empfehlungen an. Es ist in der Folge Linienaufgabe diese Anregungen umzusetzen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Der Gemeinderat hat die Postulatsantwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen. Damit wird das Postulat als erledigt abgeschrieben.

Ratspräsidentin Y. Beutler gibt einen Nachtrag zur Traktandenliste bekannt. Es wurde beantragt Traktandum 15 abzusetzen. Es gibt keine Einwendungen, damit ist die Änderung genehmigt.

16. Traktandum

GGR-Nr. 2007/045: Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Denzler, A. Meier-Camenisch und B. Günthard-Maier (FDP) betreffend Einrichtung eines Quartiertreffpunktes für Hegi

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Am Sonntag 21. Juni 2009 konnte der Schlosspark eröffnet werden. Damit wurde ein guter Anfang gesetzt. Das reicht aber nicht ganz. Der Quartierpräsident hat gesagt, dass Hegi einen Traum hat. Ch. Denzler träumt mit. Bisher hat sie sich aber bewusst zurückgehalten. Sie wollte, dass diese Sache apolitisch bleibt. Auch der Ortsverein ist politisch und konfessionell neutral. Ch. Denzler hat einfach mitgeholfen und sich mit der Finanzierung der Studie auseinandergesetzt. Die Öffnung des Schlossgartens reicht aber nicht. Der zentrale Wunsch ist die Öffnung der Schlossräume, damit diese besser genutzt werden können. Diese Zusage ist noch nicht erfolgt. Von privater Seite hat man ein Nutzungskonzept erstellen lassen. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Hegi kennen diesen Plan und wissen, was sie erhalten könnten. Dieser Plan könnte in Etappen umgesetzt werden. Im Schlossgarten könnte Pro Spezia rara alte Pflanzen züchten, die verkauft werden könnten. In den Schlossräumen wäre ebenfalls vieles möglich. Der Stadt stehen zurzeit zwar die Finanzen zur Realisierung dieser Pläne nicht zur Verfügung. Eine Umsetzung in Etappen wäre aber trotzdem möglich. Ch. Denzler versucht dem Stadtrat einen Grundsatzentscheid abzurufen, damit das Schloss Hegi vom Museumskonzept loskoppeln werden kann. Bei der ersten Umsetzung des Museumskonzepts sind bereits Schwierigkeiten aufgetaucht. Es wäre wichtig, dass die Stadt mit dem Museumskonzept Hegi, Mörsburg und Lindengut weitermacht und die Bewohnerinnen und Bewohner von Hegi ihre eigenen Pläne weiterverfolgen können. Sie haben nämlich bereits Sponsoren gefunden, die helfen würden. Das würde die Stadt nichts kosten. Diese Sponsoren erklären aber, wenn der Stadtrat keinen Entscheid fällt, dann würden sie abspringen. Das tut weh. Der Ortsvereinspräsident hat sich zusammen mit seinem

Team sehr eingesetzt und es wäre schade, wenn diese Bemühungen keinen Erfolg hätten. Deshalb möchte Ch. Denzler dem Stadtrat eine Zusicherung entlocken. Stadtpräsident E. Wohlwend hat bereits in seiner Eröffnungsansprache von einem Gesamtkonzept gesprochen. Das hat Ch. Denzler gehört. Jetzt möchte sie etwas mehr dazu hören.

B. Günthard-Maier (FDP) dankt für das grosse Engagement aller Beteiligten und dem Stadtrat für sein offenes Ohr. Das gemeinsame Engagement war ein Erlebnis. B. Günthard-Maier hofft, dass die gemeinsame Arbeit Früchte trägt.

St. Schär (SVP): Die SVP-Fraktion dankt für die Beantwortung des Postulats und nimmt sie im positiven Sinn zur Kenntnis. Als längjähriger Bewohner von Alt Hegi liegt St. Schär dieser Stadtteil sehr am Herzen. Die rasante Entwicklung und die vielen Neubauten haben aus dem idyllischen Dorf einen zweigeteilten Stadtteil gemacht. Zum einen ist da der alte ruhige Dorfkern, zum anderen ein urbaner moderner Teil mit einer grossen Völkermischung. Mit der Schliessung der Post und des Lebensmittelladens Spar sind die letzten Dorftreffpunkte verschwunden. Diese Lücke kann auch die neue Coopfiliale nicht füllen. Für viele Einwohnerinnen und Einwohner von Hegi ist es nicht nachvollziehbar, wieso in einem aufstrebenden Stadtteil die Postfiliale geschlossen wird. Mit der heutigen Lösung der Poststelle wird zwar ein Teil der Postdienstleistungen angeboten, aber sobald es um mehr geht als um Briefe abholen oder aufgeben, muss man nach Oberwinterthur fahren. Das ist vor allem für ältere Menschen nicht einfach. Der Rastplatz in Wuhr wurde zwar sehr schön umgestaltet, das haben vor allem die Jugendlichen entdeckt, die am Wochenende jeweils ihre Spuren hinterlassen. Der Dorfspielplatz wird am Tag rege von Familien genutzt und am Abend ist oftmals die Dorfjugend dort anzutreffen. Auch der Fussballplatz des Schulhauses Hegi ist ein viel genutzter Ort. All diese Treffpunkte, sowie der sich im Bau befindliche Eulachpark tragen zum Dorfleben bei.

Einzig das Schloss Hegi – dessen Schlosspark seit dem letzten Sonntag wieder geöffnet ist – steht noch etwas im Abseits. Es sind bereits diverse Vorschläge vom Dorfverein Hegi eingebracht worden, der aus dem Schloss einen wichtigen Treffpunkt machen will. So wäre ein neu belebtes Museum denkbar auch wenn nur in einem kleinen Rahmen. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass die Halle 710 gekauft wurde. Diese liegt aber weit entfernt vom Dorfkern. Die SVP sieht die städtebaulichen Prioritäten etwas anders als der Stadtrat. Der Bau eines dringend benötigten Schulhauses ist wichtiger als ein Restaurant. An optimaler Lage zu den bereits bestehenden Schulhäusern hat die Stadt eine Liegenschaft für 4,5 Millionen erstanden, die ohne Probleme innerhalb von 3 Jahren zu einem Schulhaus umfunktioniert werden könnte. Die Halle 710 eignet sich wunderbar als Schulhaus. Mögliche Lösungen um kostengünstig die Infrastruktur zu erstellen, wären vorhanden. Es gilt diese zu erkennen und umzusetzen.

R. Harlacher (CVP): Die CVP nimmt den Bericht des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis. Es ist ein wichtiges Anliegen, dass in diesem boomenden Stadtteil die entsprechende Infrastruktur geschaffen wird. Was aber überrascht hat, ist, dass sehr viel vom Ortsverein Hegi unternommen wird. Von einer privaten Projektgruppe wurde ein Nutzungskonzept erarbeitet. Was die CVP aber vermisst ist eine proaktive Haltung in Bezug auf die Quartierentwicklung. Im Sinne eines gesamtheitlichen Konzepts bräuchte es vielleicht etwas mehr Engagement und Weitblick damit die Infrastruktur mit dem boomenden Stadtteil Schritt halten kann.

D. Hauser (SP): Auch die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht. Etwas überrascht hat die Prioritätensetzung, die der Stadtrat vorgenommen hat. Die Halle 710 ist kein Ersatz für die Mühle Hegi. Der Stadtteil Hegi braucht ein Restaurant und einen Treffpunkt. Die Halle 710 ist ein Kristallisationspunkt für eine Entwicklung. Man sollte deshalb nichts übereilen. Die Halle darf auch nicht gegen die Bedürfnisse des Quartiervereins Hegi ausgespielt werden. Überraschend ist auch die Prioritätensetzung in Bezug auf das Museumskonzept. Es kann nicht sein, dass dieses Konzept den Bedürfnissen der Quartierbewohnerinnen und Bewohner vorgezogen wird. Wenn es um eine Prioritätensetzung geht – was an sich nicht notwendig ist – dann muss die kulturelle Nutzung für die Bevölkerung Priorität haben. Das Museumskonzept müsste diesem Bedürfnis folgen. In dieser Hinsicht befriedigt die Antwort

nicht ganz. Die SP möchte, dass mehr getan wird für die Bevölkerung von Hegi und den Ortsteil.

W. Langhard (SVP): Als l ngj hriger Bewohner von Hegi möchte sich W. Langhard ebenfalls zu Wort melden. In der Antwort ist vom Rastplatz Wuhr die Rede und vom Spielplatz neben der Mühle. Vor etwa 30 Jahren hat W. Langhard mitgeholfen diese Plätze zu errichten, beides wurde vom Ortsverein in eigener Regie erstellt und finanziert. Das war ein Bedürfnis der Bewohnerinnen und Bewohner von Hegi. W. Langhard schwärmt mit Ch. Denzler für den Schlosspark. Er war ebenfalls an der Eröffnung und konnte im Petanque gegen den Stadtpräsidenten gewinnen. Das hat W. Langhard ausserordentlich gefreut. Es gibt aber auch eine ungeheuer lange Wunschliste. Momentan wird sehr viel gefordert und es sind riesige Wünsche vorhanden. Der Anfang ist gemacht. Der Treffpunkt soll wieder ins Schloss zurückgeholt werden. Wie das bereits vor 25 Jahren der Fall war. Lang Zeit war die Nutzung des Schlossgartens stark eingeschränkt, so durfte man im Schlossgarten nicht einmal fotografieren, als der Schützenverein sein Jubiläum gefeiert hat, weil man Angst hatte, dass die Blumen zertreten werden. Heute herrscht zum Glück ein neuer Schlossgeist. Jetzt werden all die alten Wünsche wieder geäussert. Das ist gut. Hegi braucht einen Treffpunkt. Aber es muss langsam und Schritt für Schritt vorgegangen werden. Die Betroffenen sollten zudem bereit sein Fronarbeit zu leisten. Viele Bewohnerinnen und Bewohner von Hegi würden bestimmt mitmachen. W. Langhard bittet die Betroffenen nicht nur zu fordern, sondern auch etwas beizutragen.

Ch. Denzler (FDP) muss sich wehren. Bisher sind der Stadt keine Kosten entstanden - ausser den Kosten für den Park. Das wurde aber im Postulat nicht gefordert. Alles was die Betroffenen bisher gewünscht haben, haben sie selber umgesetzt. Die Finanzierung des professionell ausgearbeiteten Gesamtkonzepts erfolgte auf privater Basis. Der Ortsverein Hegi hat extrem viel investiert und die Mitglieder dieses Vereins sind bereit in Fronarbeit vieles umzusetzen. Die Liegenschaft gehört aber der Stadt und der Abwart wirtschaftet relativ harsch. Die Zusammenarbeit war recht schwierig. Die alten Geschichten sollen aber nicht aufgewärmt werden. Die Leute wollen vorwärts schauen. Die Idee, aus dem Schloss einen Treffpunkt zu machen, hat Ch. Denzler zur Unterstützung bewogen. Sie selber wohnt nicht in Hegi. Sie scheut keine Arbeit und ist bereit. Es wird bereits vieles unternommen. So finden zum Beispiel Gespräche statt. Die Stadt hat kein Geld, das ist klar. Es geht aber darum, dass weiter geplant werden kann.

B. Günthard-Maier (FDP): Die Stadt lebt von den engagierten Menschen, die selber etwas unternehmen wollen und nicht von denen, die warten bis Geld vom Himmel regnet. Die Mitglieder des Ortsvereins hat B. Günthard-Maier als engagierte Menschen erlebt. Sie erfüllen die Forderungen von W. Langhard mustergültig.

Stadtpräsident E. Wohlwend ist froh, dass der ehemalige Gemeinderatspräsident festgestellt hat, dass ein anderer Schlossgeist herrscht. Der Abwart hat gewechselt und der neue Abwart wohnt nicht mehr im Haus. Das heisst, dass jährlich 12'000 Franken an Einnahmen fehlten, weil die Wohnung nicht mehr vermietet wird. Der Garten hat die Stadt 45'000 Franken gekostet. Zu sagen, es sei nichts investiert worden, ist doch etwas wenig. Die Wohnung wurde nicht mehr vermietet, weil der Stadtrat die Pläne des Ortsvereins Hegi ernst nimmt und im Einverständnis mit dem Ortsverein diese Pläne sukzessive umgesetzt werden sollen. Stadtpräsident E. Wohlwend bittet die Ratsmitglieder, die verschiedenen Projekte, die in Hegi ihre Funktion haben und notwendig sind, nicht gegeneinander auszuspielen. In Winterthur gibt es drei historische Museen – Mörsburg, Schloss Hegi und das Lindengut – und einen historischen Verein. Verschiedene Gegenstände im Schloss Hegi gehören dem historischen Verein. Das Museumskonzept ist eine andere Geschichte. Aber diese drei historischen Museen müssen in eine sinnvolle Beziehung gesetzt werden. Sie haben eine wichtige Aufgabe und könnten zum Beispiel die Jugend an vergangene Zeiten heranführen. Diese Aufgabe wird nicht wesentlich beeinträchtigt durch die Nutzung des Schlosses im Sinne einer soziokulturellen Einrichtung, die ebenfalls notwendig ist. In Neuhegi braucht es aber ebenfalls einen Treffpunkt. Der Eulachpark umfasst 6 Hektaren. Die Besucher wollen sich

verpflegen und etwas trinken können. Der Stadtrat wird versuchen diese Projekte umzusetzen, falls es finanziell möglich ist. Über die Aussage, man könne in die Halle 710 rasch ein Schulhaus einbauen, darüber will sich der Stadtpräsident separat unterhalten und klären, dass das nicht so einfach ist. Auch die Leute in Neuhegi benötigen einen Begegnungsort. Dieser Stadtteil wächst ständig. Schloss Hegi wird ein Teil dieses Angebots sein. Am letzten Sonntag hat der Präsident des Ortsvereins seine Träume aufgezählt. Es handelt sich um eine längere Liste. Der Stadtrat hat dafür Verständnis und möchte Schritt für Schritt vorgehen, pragmatisch prüfen was finanzierbar ist, Erfahrungen sammeln und das nächste Projekt in Angriff nehmen. Das will der Stadtrat umsetzen. Das bestätigt Stadtpräsident E. Wohlwend zuhanden des Protokolls. Die Stadt war in diesem Zusammenhang tätig. Sie hat auf den Ausbau der Wohnung verzichtet, der Abwart wohnt nicht mehr im Schloss. Auch damit müssen zunächst Erfahrungen gesammelt werden. Es ist nicht sicher, ob es klug ist ein Schloss, das so abseits liegt, unbewohnt zu lassen. Der Ortsverein Hegi hat stets mitgearbeitet und hat sich auch für die neue Zeitung engagiert. Bis der Traum erfüllt ist, dauert es vielleicht etwas länger, aber Stück um Stück kann er realisiert werden. Der Stadtpräsident ist natürlich froh, wenn die Kosten nicht allein von der Stadt getragen werden müssen, weil die Vertreter des Ortsvereins mitarbeiten. Gemeinsam kann eine gute Lösung gefunden werden.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Somit hat der Rat den Bericht des Stadtrates im zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen. Das Postulat ist abgeschrieben.

18. Traktandum

GGR-Nr. 2008/044: Beantwortung der Interpellation R. Wirth (SP) betreffend Geldflussrechnungen

R. Wirth (SP) dankt dem Finanzdepartement für die Beantwortung der Interpellation. Die Absicht von R. Wirth war es, eine Vereinfachung zu erreichen und eine Verbesserung der Informationslage – vor allem der Milizparlamentariern – indem er sich auf die Geldflüsse fokussiert hat, die von Verwaltungsstellen oder Investitionsprojekten ausgelöst werden. Ebenso wollte er die Rechnung verständlich machen. Das ist nicht nur eine Idee von R. Wirth, er folgt damit einem allgemeinen Trend in der Rechnungslegung. Es ist offensichtlich, dass diese Absichten nicht verstanden worden sind. Die Antworten des Stadtrates entsprechen nicht den Erwartungen von R. Wirth und die Antwort enthält drei Inkonsistenzen. 1. Sagt der Stadtrat in der Antwort auf die Frage 1, dass es der Stadt aufgrund des zentralen Cashmanagements nicht möglich sei eine Geldflussrechnung zu erstellen. In der Folge erklärt der Stadtrat aber, wenn der Kanton mit der Einführung eines neue Standards die Stadt dazu zwingt, dann wird er eine Geldflussrechnung machen. Daraus muss man schliessen, dass es möglich ist. 2. Der Stadtrat behauptet weiter Geldflussrechnungen seien unnötig. Mit dieser Meinung steht der Stadtrat alleine auf weiter Flur. Auch Winterthur wird dieses Instrument schätzen, wenn es denn eingeführt wird. Vielleicht wird es auch erst eingeführt, wenn der Kanton das vorschreibt und das geht nicht mehr allzu lange. 3. In den Antworten auf die Fragen 2 und 3 erklärt das Finanzdepartement, die Geldflussrechnungen dienen lediglich der Vergangenheitsanalyse. Das ist falsch. Genau wie bei einer Bilanz oder Erfolgsrechnung können die Resultate für die Vergangenheitsanalyse genutzt werden aber auch als Planungsinstrument, indem versucht wird die Resultate in die Zukunft zu extrapolieren. Nach der Studie der Antwort hatte R. Wirth das Gefühl, er sei als Parlamentarier der Verwaltung lästig. Er ist dann von Stadträtin V. Gick zu einer Aussprache eingeladen worden. Im Gespräch ist klar geworden, dass die Interpellation missverständlich formuliert ist. Das nimmt R. Wirth auf die eigene Kappe. Er freut sich aber, wenn der Kanton die Stadt zu einer besseren Rechnungslegung zwingt.

Stadträtin V. Gick: Der Stadtrat hat eine Antwort erteilt, die durch ihre Kürze aufgefallen ist. Das Finanzamt ist tatsächlich der Meinung, dass Geldflussrechnungen vor allem in der Pri-

vatwirtschaft von grosser Bedeutung sind. Sie geben Auskunft darüber, wo Geld geflossen ist. Für den Staat sind diese Rechnungen von weniger grosser Bedeutung. Der Stadtrat versucht, das umzusetzen, was vorgeschrieben ist und möglichst viele Informationen zu liefern. In der Aussprache mit R. Wirth hat die Stadträtin gesehen, dass die Ansichten nicht so weit auseinander liegen. Die Stadträtin will sich heute aber nicht zu sehr finanztechnisch exponieren. Sie will schauen, wie es weiter geht.

19. Traktandum

GGR.-Nr 2007/056: Antrag und Bericht zum Postulat O. Seitz (SP), M. Stauber (Grüne/AL), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), W. Schurter (CVP) betreffend Fahrgastführung am Bahnhofplatz Winterthur

O. Seitz (SP): Der Bahnhofplatz Winterthur verzeichnet die meisten Abfahrten und Ankünfte von Bussen und Postautos im ganzen Kanton Zürich. Wenn man mit dem Zug in Winterthur ankommt und einen Anschluss braucht, bleiben oft nur wenige Minuten, um den richtigen Anschluss zu finden. Verpasst man den Bus, weil man die richtige Haltestelle nicht finden kann, muss man im schlimmsten Fall bis zu einer Stunde warten bis der nächste fährt. Von einer guten Fahrgastführung profitieren nicht nur die Winterthurerinnen und Winterthurer sondern auch Geschäftsleute, Gäste, Touristinnen und Touristen. Es freut O. Seitz ausserordentlich, dass der Stadtrat das Postulat sehr ernst genommen und viele Anliegen bereits umgesetzt hat. In diesem Postulat wurden hauptsächlich 4 Forderungen gestellt. 1. Elektronische Generalanzeigen für Bus und Postautos. 2. Lesbare Beschriftungen der Haltekanten. 3. Bessere Übersichtspläne auf dem Bahnhofplatz. 4. Bodenmarkierungen für blinde Personen.

Wenn O. Seitz mit dem Zug vom Hauptbahnhof Winterthur abreisen will, sieht er auf einen Blick auf welchem Gleis der Zug fährt, wann er fährt, ob er Verspätung hat und ob es eine bessere Verbindung gibt. Wenn er aber in Winterthur ankommt, konnte er bisher nicht sehen, wann ein Bus fährt, an welcher Haltestelle und in welche Richtung. Das hat sich vor kurzem geändert. Beim Stadttor sind jetzt zwei Anzeigen eingerichtet worden, die anzeigen wo die Busse fahren und wann sie abfahren. O. Seitz zeigt anhand von Bildern die Anzeige. Jetzt können sich auch nicht ortskundige Personen zurechtfinden. Gemäss Aussage des Stadtrates werden auch bei der Milchrampe die entsprechenden Anzeigen aufgestellt, wenn der Umbau beendet ist. Das Gute daran ist, dass die Stadt diese Kosten nicht selber tragen muss, der ZVV übernimmt die Ausgaben. Die Beschriftung der Haltekanten ist deutlich verbessert worden. Mit der roten Beschriftung kann man die Busnummern gut erkennen. Das Gelbe vom Ei ist das aber noch nicht, wie die nächsten Bilder zeigen. Die Beschriftung ist zwar rot, wenn der Bus aber davorsteht nützt das nichts. Der Bahnhofplatz Süd wurde verständlicherweise nicht verändert. Wenn im Rahmen des Masterplanes Bahnhof dieses Gebiet umgestaltet wird, sollte der Stadtrat aber daran denken, dass die Haltekanten deutlich beschriftet werden und auch dann sichtbar sind, wenn die Busse davor stehen. Ein weiterer Punkt sind die besseren Übersichtspläne. Hier sind die Forderungen erfüllt. Die taktilen Markierungen sind angebracht worden und werden auf dem ganzen Stadtgebiet angebracht. Diese dienen nicht nur blinden Personen sondern allgemein behinderten Personen, die nicht so schnell die Bustüren erreichen können. O. Seitz dankt dem Stadtrat für die Umsetzung der Anliegen.

M. Stauber (Grüne/AL): Vor einigen Jahren hat M. Stauber gelesen, dass der Hauptbahnhof Winterthur nicht nur der am höchsten frequentierte Ort im Gebiet des ZVV ist – ausgenommen der Bahnhof in Zürich – sondern landesweit der Bahnhof mit der drittgrössten Passagierfrequenz. Ausserdem sind in den letzten Jahren weitere Buslinien dazugekommen. Es ist nicht ganz klar, ob das Buskonzept definitiv ist und welcher Bus letztendlich wo fährt. Die Schlussfolgerung aus dieser leichten Konfusion ist sicher, dass die Fahrgastführung notwendig ist. Da ist der Stadtrat sicher mit den Postulanten einig. Ein weiteres Problem ist, dass am Bahnhofplatz ein zweiter grosser Player vorhanden ist, nämlich die SBB, die als

Grundeigentümerin und Betreiberin des Hauptbahnhofs ihre eigenen Interessen verfolgt. Die sind nicht immer deckungsgleich mit den Interessen der Stadt. Immerhin gibt es Infotafeln beim Stadttor und offensichtlich wird es bei der Milchrampe eine ähnliche Anzeige geben. Zudem wurden Ankunftsinformationen an den einzelnen Haltestellen installiert. Diese Installationen sind kein schlechtes Präjudiz für das Herzstück, das noch kommen soll, nämlich der neue Busbahnhof.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Auch die EVP/EDU/GLP-Fraktion schliesst sich der Beurteilung der Vorredner an. Es sind verschiedene Massnahmen geplant und auch bereits umgesetzt worden. Die Fraktion dankt dem Stadtrat für die rasche Umsetzung dieser Massnahmen. Die Fahrgastführung ist ein zentraler Faktor. Sie verkürzen die Umsteigezeit und gewährleisten damit für die Passagiere optimale Anschlüsse. Vor allem vermindern sie den Ärger von nicht ortskundigen Gästen, weil sie weniger Busse verpassen. Damit hilft die Fahrgastführung, den Verkehr vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr zu verlagern. Die Massnahmen, die bereits umgesetzt worden sind, sollen weitergeführt werden. Dieses Vorgehen wird von der EVP/EDU/GLP-Fraktion unterstützt.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Postulatsbericht und nimmt im zustimmenden Sinn davon Kenntnis. Ebenso wie die Vorredner stellt die Fraktion mit Genugtuung fest, dass der Stadtrat die Fahrgastführung am Hauptbahnhof Winterthur mit zahlreichen Massnahmen verbessert hat und noch verbessern will. Seitens der SBB hat W. Schurter erlebt wie hartnäckig und zielorientiert der Stadtrat die neue Busanzeige gefordert hat. Es stimmt, in dieser Beziehung prallen die Interessen der Stadt Winterthur und der SBB aufeinander. Wenn man aber miteinander redet und hartnäckig bleibt, versteht man das auch in Zürich oder in Bern. Jetzt steht die Anzeigetafel beim Stadttor und es ist zu hoffen, dass diese auch an anderen Orten noch installiert werden. Die CVP hofft, dass diese Hartnäckigkeit der Stadt Winterthur auch bei den anderen Massnahmen, insbesondere auch bei den Wartepositionen der Busse, zu Verbesserungen führen wird.

St. Fritschi (FDP): Die FDP-Fraktion ist grundsätzlich mit den Aktivitäten des Stadtrates zufrieden. Ein wichtiger Teil der Fahrgastführung fehlt aber und zwar die Führung für Personen, die mit dem Zug nach Winterthur kommen und nicht mit dem Bus oder dem Taxi weiterfahren sondern zu Fuss weitergehen. In dieser Hinsicht ist Winterthur Entwicklungsland im Vergleich zu anderen Städten. Wenn jemand mit dem Zug kommt, dann findet er keine Orientierungshilfen und weiss nicht, wo die Altstadt liegt oder wo wichtige Kulturgüter zu finden sind. Man hat eine Fahrgastführung, die auf Leute ausgelegt ist, die Winterthur kennen. Wenn man aber will, dass auch Leute, die zu Fuss kommen den Weg finden können, müssen unbedingt Massnahmen getroffen werden, um die Situation zu verbessern. St. Fritschi ist in dieser Beziehung bereits vom Vorgänger von Stadtrat W. Bossert vertröstet worden und hofft, dass der Stadtrat die Situation jetzt endlich verbessert. Es ist nicht so, dass der ZVV einfach alles bezahlt, am Ende sind es die Steuerzahler, die bezahlen.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulates und ist ebenfalls zufrieden mit den getroffenen Massnahmen. Es ist gut wenn alles angeschrieben wird. Aber es gibt auch Grenzen. Jemand muss diese Kosten tragen. Am Ende ist das der Steuerzahler. Zudem hängt am Hauptbahnhof ein Stadtplan, der nicht ortskundigen Gästen weiterhelfen kann. Man kann natürlich tausend Tafeln aufhängen, ob das schlussendlich besser ist, sei dahingestellt. Man soll sicher optimale Informationen bereitstellen – aber zu viele Tafeln sind nicht notwendig. Normalerweise, wenn jemand eine fremde Stadt besucht, wird er sich zum Voraus informieren und sich einen Plan besorgen. Die Stadt kann nicht alles anschreiben. Ein Besucher hat zudem mehr Zeit als üblich zur Verfügung und die Winterthurer wissen, wo die Abfahrtskanten sind.

Stadtrat M. Gfeller dankt für die weitgehend sehr positive Aufnahme der Postulatsantwort. Er will nicht verhehlen, dass in einer gewissen Phase viel Hartnäckigkeit notwendig war. Aber die Bemühungen haben sich gelohnt. Was die Fahrgastführung für die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs anbelangt, hat der Stadtrat grosse Fortschritte er-

zielt. Stadtrat M. Gfeller will in dieser Beziehung nicht unbedingt noch weiter gehen und für jede Haltestelle noch eine Leuchttafel mit der Busnummer fordern. Änderungen sind zwar möglich, aber die Gestaltung des Bahnhofplatzes ist aus einem Wettbewerb hervorgegangen und Stadtrat M. Gfeller will nicht zu stark davon abweichen. Im öffentlichen Verkehr hat die Fahrgastführung einen guten Level erreicht. Was St. Fritschi angesprochen hat, nämlich ein Fussgängerleitsystem ist tatsächlich in Arbeit – unter der Federführung der Stadtentwicklung und in Zusammenarbeit mit gewissen Abteilungen des Departements Bau. Ohne Kosten wird die Umsetzung des Fussgängerleitsystems aber nicht möglich sein. Da müssen Parlament und Stadtrat entscheiden in welcher Zeitspanne das Leitsystem realisiert werden soll. Das Projekt ist bereits entworfen. Im Bauausschuss wurden auch die Standorte der Infotafeln diskutiert. Die Stadt darf aber nicht zu weit gehen und unendlich viele Tafeln aufstellen. In den nächsten ein bis zwei Jahren wird der Stadtrat mit einem an die Stadt Winterthur angepassten System aufwarten können.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Der Rat hat den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen, damit wird das Postulat als erledigt abgeschrieben.

20. Traktandum

GGR-Nr. 2007/029: Antrag und Bericht zum Postulat A. Ramsauer (Grüne/AL), U. Bründler (CVP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), H. Strahm (SP) und M. Stutz (SD) betreffend Förderung von Blockheizkraftwerken

A. Ramsauer (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Postulatsantwort – sie ist aber nicht vollumfänglich zufrieden und beantragt deshalb einen Ergänzungsbericht. Die Argumentation des Stadtrates zu Punkt 2, Absatz 1, hält die Grüne/AL-Fraktion für falsch. Zusammen mit den meisten Energiefachleuten geht die Fraktion davon aus, dass Blockheizkraftwerke (BHKW) den Brennstoff besser nutzen als von den Stadtwerken abgegeben. Weil die Wärmepumpe den Strom, den das BHKW selber erzeugt, nutzen kann. A. Ramsauer zeigt den Vorgang anhand eines Schemas. Es grenzt beinahe an Zauberei, dass man mehr Brennwert herausholen kann, als man hineinsteckt – beispielsweise in Form von Gas. Wenn man in eine konventionelle Gasheizung 100 % Brennstoff hineinsteckt, erhält man mehr als 100 % in Wärme. Das kann A. Ramsauer auch nicht verstehen. Beim BHKW, das mit einer Wärmepumpe gekoppelt wird, erhält man sogar 180 % Wärme aus 100 % Brennstoff. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt mit dem Stadtrat überein, dass ein BHKW nicht die tiefen Emissionswerte von Gasfeuerungen erreichen kann. Wenn ein BHKW aber mit einer Wärmepumpe gekoppelt wird – beziehungsweise die gesamte Abwärme verwertet werden kann – dann trifft die Schlussfolgerung des Stadtrates nicht zu. Richtig ist, dass die Wirtschaftlichkeit nur gegeben ist, wenn lange Laufzeiten erreicht werden. Optimal sind für Wärmeverbände grosse Überbauungen und Industriewerke. Damit die Stadtwerke die Netznutzung nicht zweimal kassieren, soll das BHKW so angeschlossen werden, dass der gleichzeitig produzierte und benötigte Strom nicht direkt intern verrechnet wird. Es soll nicht die ganze Energie zu einem schlechten Tarif an die Stadtwerke verkauft und gleichzeitig der eigene Verbrauch zu einem hohen Preis bezogen werden müssen.

Einverstanden ist die Fraktion mit der Ansicht, dass das fossil betriebene BHKW nur eine Übergangslösung ist. Ein BHKW soll keine Wasserkraftwerke, sondern AKWs ersetzen bis neue Technologien – zum Beispiel Geothermie – vorhanden sind. Mit der aktuellen Preispolitik ist der Einsatz von Biogas wenig wirtschaftlich. Hier ist die Politik gefordert Rahmenbedingungen zu schaffen, damit mit Biogas betriebene BHKWs nicht nur ökologisch sondern auch ökonomisch sinnvoll sind. Mit dem Stadtrat stimmt die Grüne/AL-Fraktion darin überein, dass Gebiete, die Fernwärme aus dem KVA beziehen nicht mit anderen Energieversorgungssystemen konkurrenziert werden sollen. Allerdings gibt es Einzelfälle von bestehenden BHKWs im Fernwärmeversorgungsbereich, die von der Gasversorgung in den nächsten Jahren abgekoppelt werden könnten. Da sind verschiedene Einzelfragen noch nicht gelöst. Gasheizungen, die von den Stadtwerken gefördert werden, sind ebenfalls eine Übergangs-

lösung. Eigentlich dürfte Erdgas gar nicht mehr gefördert werden, weil einige Prozente des Erdgases bei der Gewinnung, Aufbereitung und Verteilung ungenutzt entweichen – es gibt undichte Rohre, die über mehrere tausend Kilometer geführt werden und offenbar auch einige undichte Kompressionsstationen. Das Erdgas besteht zu über 85 % aus Methan, das ein zwanzig Mal stärkeres Treibhausgas ist als CO². Der Einsatz von BHKWs ist auch ökonomisch interessant. Die Installation eines BHKW schafft Arbeitsplätze. Das ist vor allem in der aktuellen Wirtschaftskrise von Bedeutung. Die Grüne/AL-Fraktion stellt einen Antrag auf einen Ergänzungsbericht betreffend Wärmenutzung und CO² Emissionen.

U. Bründler (CVP): Die CVP-Fraktion bedankt sich für die vorliegende Antwort. Sie teilt zum grossen Teil die stadträtlichen Ansichten obwohl die kritischen Äusserungen des Vorredners nachvollziehbar sind. Die Abklärungen haben gezeigt, dass sich dezentrale BHKWs innerhalb des Stromversorgungsgebietes der Stadt Winterthur nicht lohnen und den erhofften Erfolg nicht bringen. Dort wo es möglich ist und Sinn macht, sind kleinere BHKWs bereits in Betrieb. Wenn sie keinen Sinn machen, übernimmt die Fernwärme deren Funktion. Damit aber noch mehr Wissen in Bezug auf die Brennstoffausnutzung und den damit verbundenen CO² Emissionen gewonnen werden kann, unterstützt die CVP den Antrag auf einen Ergänzungsbericht.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates nicht zufrieden. Der Stadtrat argumentiert nachvollziehbar, dass Gasblockheizkraftwerke mit Gasmotor und damit betriebene Stromgeneratoren schlechtere Abgaswerte und einen tieferen Wirkungsgrad erzielen, als eine kondensorientierte Gasheizung, die nur Wärme erzeugt. Daraus aber eine Ablehnung von BHKWs abzuleiten, ist nur möglich, wenn das System auf ein Mehrfamilienhaus begrenzt wird und als Referenzstromquelle Wasserkraft genommen wird. Fakt ist, dass im Winterhalbjahr vor allem bei tiefen Temperaturen zunehmend Strom aus fossilen Kraftwerken importiert wird – zum Beispiel aus Kohlekraftwerken mit einem sehr tiefen Wirkungsgrad, der unter 50 % liegt. Der Wirkungsgrad ist deshalb so tief, weil die Wärme ungenutzt verpufft. Gerade in diesen Perioden ist Strom aus dezentralen weitgehend wärmegeführten Anlagen, aus der Sicht des Klimas, besser. Das heisst pro kWh Strom wird deutlich weniger CO₂ produziert, als bei importiertem Strom aus Kohlekraftwerken, obwohl fossiles Erdgas verbrannt wird. Wenn der erzeugte Strom für effiziente Wärmepumpen oder Elektrofahrzeuge eingesetzt wird und damit fossile Antriebe oder Heizungen ersetzt werden, ist ein weiterer positiver Multiplikator möglich. Vor allem ist unverständlich, dass die Stadt munter Gasfahrzeuge subventioniert, aber für BHKWs Gas grundsätzlich ablehnt. Das nicht zuletzt im Wissen, dass die Stadt Winterthur über einen Technologieführer im Bereich BHKW verfügt.

Nur am Rande geht der Stadtrat auf Wärmekraftkoppelungsanlagen ein, die mit erneuerbarer Energie betrieben werden. Dazu gehören zum einen ins Gasnetz eingespeistes Biogas und zum anderen Holzschnitzel. Die Stadtwerke betreiben bereits erfolgreich grössere Holzschnitzelanlagen mit Fern- und Nahwärmenetzen, weitere Anlagen sind geplant. Eine erfolgreiche Anlagengrösse wird unter Fachleuten kontrovers diskutiert. Dabei spielen aber die Preise für fossile Energieträger eine zentrale Rolle. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die bestehenden und geplanten Anlagen ohne Auskoppelung von Strom konzipiert worden sind – das vor allem aus ökologischer Perspektive. Zusammengefasst, die EVP/EDU/GLP-Fraktion vermisst eine klare Strategie des Stadtrates jede Möglichkeit der Stromproduktion im Versorgungsgebiet der stadteigenen Werke sorgfältig zu prüfen und jede Chance zu nutzen. Ebenso vermisst die Fraktion eine Strategie mit eigenen Biogasanteilen im Gasnetz den Endverbrauchern zu ermöglichen Gas hochwertig einzusetzen. Das wäre zum Beispiel bei einem BHKW mit maximalem Wirkungsgrad der Fall. Die Fraktion vermisst auch eine klare Strategie des Stadtrates, für die zukünftige Energieversorgung der Stadt Winterthur unter Einschluss von Heizwärme. Dabei könnten fossile Stromkraftwerke mit sehr hohem Wirkungsgrad – sprich maximaler Wärmeausnutzung – für eine Übergangsphase eine wichtige Rolle spielen. Selbst mit zusätzlichem fossilem Strom kann eine ehrgeizige Absenkung der CO₂ Emission erreicht werden. Voraussetzung ist aber eine kluge Strategie beim Ersatz von fossilen Heizungen und der Elektrifizierung des Verkehrs. Ein Ergänzungsbericht muss folgende 5 Fragen beantworten: 1. Mit welcher langfristigen Preisentwicklung bei fossilen

Energieträgern rechnet die Stadt in ihrer Wirtschaftlichkeitsrechnung im Energiebereich? 2. In welcher Form haben die Winterthurer Strombezüglerinnen und Bezüger die Wahl bezüglich CO₂ belasteten Stromprodukten? Wäre eine Differenzierung der Stromprodukte eine Möglichkeit attraktive Einspeisetarife zu erzielen? 3. Unter welchen Bedingungen erachtet der Stadtrat die Kombination von Holzschnitzelheizungen und Stromproduktion für sinnvoll. Welche Annahmen fliessen in diese Bewertung ein? 4. In welchem Rahmen sieht der Stadtrat vor, diese Strategie zu entwickeln? 5. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die angesprochenen Strategien auch optimal zur Entwicklung des Wirtschaftsclusters erneuerbare Energie und Energieeffizienz passt? Die Menge der Fragen und ihre Wichtigkeit für die Zukunft für Winterthur müssten eigentlich zu einer Ablehnung der stadträtlichen Antwort und einer Rückweisung führen. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion sieht aber davon ab und bietet dem Stadtrat die Möglichkeit die gestellten Fragen zu beantworten und einen Ergänzungsbericht vorzulegen.

M. Stutz (SD) dankt dem Stadtrat für die Antwort. Er schliesst sich den Vorrednern an – vor allem der Argumentation von M. Zeugin und den gestellten Fragen. M. Stutz gibt zu bedenken, diese BHKWs sind eine mittelfristige Lösung – zudem gibt es bestehende AKWs, die gut arbeiten.

F. Landolt (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Es ist zu spüren, dass sich Fachleute auf der technischen Ebene in diese Fragen vertieft haben. Entsprechend ist die Antwort technisch ausgefallen. Die Argumente, die in diversen Voten zum Ausdruck gekommen sind, kann die SP-Fraktion unterstützen. In diesem Sinne unterstützt sie den Antrag für einen Ergänzungsbericht. Der Stadtrat vertritt die Position, dass für BHKWs keine spezielle Förderung angezeigt ist. Ob diese Haltung richtig ist, wird von der SP bezweifelt. Wenn man die CO₂ Belastung bei der Stromproduktion durch Wasserkraftwerke und Atomkraftwerke einerseits und durch BHKWs andererseits einander gegenüberstellt, muss folgendes festgehalten werden: Die Meinung, dass AKWs keine CO₂ Emissionen verursachen, teilt die SP nicht. Atomkraft ist keine Option für eine nachhaltige Energieproduktion. Die Tragweite der CO₂ Problematik und die Unmöglichkeit einfache Antworten zu finden, hat sich in diesem Postulat erneut gezeigt. Auch die Widersprüchlichkeit unterstreicht diese Schlussfolgerung. Die SP-Fraktion arbeitet daran, dieser Problematik immer wieder die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und den Klimawandel systematisch und vertieft auch auf lokaler Ebene zu behandeln.

St. Fritschi (FDP) hat eine Korrektur anzubringen – die Anlagen von B. Stefanini funktionieren mit Brennstoffzellen und sind keine BHKWs.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine Ausführungen. Sie ist erstaunt, dass dieser Bericht auseinander genommen wird. Es wurde von Fehlern und falschen technischen Angaben gesprochen. Wenn dem so ist, dann müssen die Zusatzfragen beantwortet werden. F. Landolt hat den CO₂ Ausstoss von AKWs angesprochen. Es ist klar, jede Art von Produktion und Anlagenbau verursacht CO₂ Emissionen – wenn nicht während des Betriebs, dann doch in der Bauphase. Eine detaillierte Untersuchung kann darüber Aufschluss geben. Die Emissionen hängen zum Beispiel auch von der Laufzeit des jeweiligen AKW ab. Darüber kann noch lange gestritten werden. Wenn aber nicht alle Angaben in der Antwort des Stadtrates richtig sind, dann braucht es diesen Zusatzbericht. Die SVP-Fraktion will die Antwort von Stadtrat M. Gfeller abwarten.

Stadtrat M. Gfeller: Selbstverständlich wird der Stadtrat die Gelegenheit wahrnehmen und einen Ergänzungsbericht liefern. Die Diskussion wird durch diesen Bericht aber kaum vereinfacht. Dazu ist die Technik, über die jetzt gesprochen wird, viel zu kompliziert. Wenn der Rat diese Informationen wünscht, schreibt der Stadtrat diesen Bericht. Er wird aber die Gelegenheit nutzen einige in diesem Saal zitierte Unwahrheiten zu berichtigen. Erdgas besteht aus ca. 99,9 % aus Methan. Ansonsten wäre die Kondensation im Leitungsnetz viel zu hoch und damit würden Korrosionsschäden entstehen. Erdgas muss sehr rein sein. Das ist ein Problem bei der Einspeisung von Biogas. Um Biogas in dieser Reinheit zu erhalten, muss

es stark aufbereitet werden. Das wäre ein Punkt, der im Ergänzungsbericht stehen könnte. Das zweite Ammenmärchen betrifft die undichten Gasleitungen. Der Verlust bewegt sich weit unter einem Prozent und befindet sich im Promillebereich. Die langen Erdgasleitungen stehen unter so grossem Druck, dass eine kleine Undichtigkeit sehr rasch zu einem Krater, wenn nicht gar zu einer Explosion führen kann. Eine undichte Stelle in den Langstreckenleitungen wird sehr schnell bemerkt. Die Verluste sind zudem messbar. Stadtrat M. Gfeller hat in dieser Hinsicht Vertrauen in die Fachleute.

Gegen das Ansinnen von M. Zeugen muss sich der Stadtrat wehren. In einem Ergänzungsbericht kann keine zusätzliche Stellungnahme zu Holzheizungen und anderen Themen erwartet werden. Das ist nicht die Idee eines Ergänzungsberichts. Stadtrat M. Gfeller lädt M. Zeugin ein, eine Interpellation oder ein Postulat einzureichen, damit alle neuen Fragen gestellt werden können. Die Fragen von A. Ramsauer stehen aber in einem direkten Zusammenhang mit dem Postulat – nämlich die Frage, ob BHKWs konsequent mit Wärmepumpen kombiniert werden. Das ist die Stossrichtung von A. Ramsauer. Dazu kann der Stadtrat sicher noch Antworten geben. Stadtrat M. Gfeller muss aber darauf hinweisen, dass es keine gesetzliche Grundlage gibt diese Kombination vorzuschreiben. Das erfolgt auf freiwilliger Basis. Ob die Stadt genau diese Kombination fördern will, ist eine prüfenswerte Idee. Diesen Punkt kann der Stadtrat in einem Ergänzungsbericht genauer erläutern. Das Postulat, wie es ursprünglich eingereicht worden ist, eignet sich nicht dazu die ganze städtische Energiepolitik – die sehr wohl auf einer Strategie basiert – zu erläutern. Die Strategie basiert auf den Legislaturzielen, die der Stadtrat 2006 formuliert hat. Es lohnt sich diese Ziele wieder einmal anzuschauen. Insofern hat der Stadtrat eine fundierte Energiepolitik, ohne die Winterthur auch nicht das Energielabel Gold erhalten hätte. Bevor dieses Label vergeben wird, werden international anerkannte Kriterien überprüft. Stadtrat M. Gfeller ist stolz auf das Label. Ohne eine gezielte Strategie wäre dieser Erfolg nicht möglich. Für jede neue Energieerzeugungsanlage, die auf den Markt kommt, eine neue Strategie zu entwickeln, ist nicht Ziel führend. Der Stadtrat muss aufpassen, dass er nicht aufgrund zu vieler Strategien die Politik aus den Augen verliert. Den Ergänzungsbericht wird der Stadtrat gerne vorlegen – er wird sich aber auf die Fragen konzentrieren, die der Erstpostulant gestellt hat.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Antrag auf einen Ergänzungsbericht abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

21. Traktandum

GGR-Nr. 2008/045: Beantwortung der Interpellation R. Wirth (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betreffend Ökologisierung der Stromtarife

R. Wirth (SP): Die Interpellanten wollten sich mit dieser Interpellation nach dem Handlungsspielraum erkundigen, den der Stadtrat bei der Gestaltung der Stromtarifstruktur in Anspruch nehmen kann. Weder die SP- noch die Grüne/AL-Fraktion waren zufrieden mit der damals geltenden Tarifordnung, die auf einem hohen Grundpreis basierte während die variable Grösse sehr gering war. Damit spielte die Höhe des Stromverbrauchs keine grosse Rolle. Damit wurden keine Anreize geboten, Strom zu sparen. Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und das soll diesmal mehr sein als eine Floskel. Die Antwort ist sehr umfangreich und bildet ein wertvolles Dokument für alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich künftig mit der Tätigkeit der Stadtwerke auseinandersetzen. R. Wirth kann allen Ratsmitgliedern empfehlen, die Antwort zu lesen.

In einigen Punkten ist die SP aber anderer Meinung als der Stadtrat. In der Antwort wird zu Recht gesagt, dass Strom aus alten Kraftwerken grundsätzlich billiger ist als Strom aus neuen Kraftwerken, weil die alten Werke bereits abgeschrieben sind. Es ist deshalb eine Notwendigkeit, dass der Strom aus den günstigen alten Kraftwerken den Strom aus den neuen Kraftwerken quasi quersubventionieren. Das muss so sein, sonst verlottert der Kraftwerkbau. Die Frage, welcher Strom produziert wird, ist politisch. Der Stadtrat handelt diesen

Punkt auf einer rein technologischen Ebene ab. Frage 2: Der Stadtrat behauptet die Kostenblöcke seien fix. Das stimmt auch, weil die Leitungen, durch die der Strom fliesst, teuer sind. Jetzt wird aber behauptet, dass deshalb auch die Preise fix sein müssen. Das sei eine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit. Das mag schön aussehen, weil damit die Ausgaben und die Einnahmen die gleiche Struktur haben, das ist aber nicht nötig. Die Aussage, dass, weil der Strom ins Haus geliefert wird, ein höherer Anteil an Fixkosten verrechnet werden muss, ist nicht ganz nachvollziehbar. Der Bund hat in der Folge die Stadtwerke dazu gezwungen die Fixpreise massiv zu senken. Die aktuelle Stromtarifstruktur kommt dem Anliegen von J. Altwegg und R. Wirth stark entgegen. Der Fixanteil ist jetzt relativ klein, dafür ist der variable Anteil grösser. In der Frage 8 geht es darum die politische Verantwortung wahrzunehmen für die Produkte, die von den Stadtwerken verkauft werden. Vor allem die Zusammensetzung des Standard-Mixes hat die Interpellanten interessiert. Das ist nicht die billigste Variante und das ist richtig so. Der Stadtrat wehrt sich aber dagegen, den Standard-Mix qualitativ zu verbessern und zwar mit dem Argument, wenn Winterthur den Atomstrom nicht verkauft, dann machen das die anderen. Insgesamt ist es eine gute Antwort. Die SP ruft aber den Stadtrat auf, nicht die ganze Lenkungsverantwortung an die Kunden zu delegieren sondern diese selber wahrzunehmen, indem er zum Beispiel die Zusammensetzung des Standard-Mixes ökologisiert. Der Stadtrat wird von der SP auf dieses Thema auch in Zukunft angesprochen werden. Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion schliesst sich dem Dank für diese sehr umfangreiche Antwort an. Die Sachverhalte werden vom Stadtrat klar aufgezeigt. Aufgrund neuer Gesetze muss in der ganzen Schweiz die Trennung der Netznutzung und der Energielieferung in der Stromrechnung ersichtlich sein. Das macht ökonomisch Sinn. Die Grüne/AL-Fraktion wünscht sich, dass der Stadtrat stärker auf die Ökologie eingehen würde. Frage 2: Es ist richtig – wer viel Strom verbraucht, muss deshalb kein Stromverschwender sein. Grosse Haushalte brauchen mehr Strom. Allerdings ist der Anreiz Strom zu sparen grösser, wenn der Preis steigt. Die Motivation über das Portemonnaie funktioniert auch auf anderen Gebieten sehr gut. Frage 4: Die Bonusrückvergütungen sind richtig. Damit fliesst Geld an die Kundinnen und Kunden zurück, wenn die Stadtwerke einen zu hohen Gewinn erwirtschaftet haben. Richtig ist auch, dass diejenigen, die Strom einsparen von der Rückzahlung stärker profitieren. Fragen 5 und 6: Neue Technologien brauchen einen Anschub. Sie sind nicht von Beginn weg voll funktionstüchtig und produktiv. Es braucht anfänglich eine gewisse Anschubhilfe. Die Förderung durch die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) ist ein guter Anfang. Es braucht in Zukunft aber noch grössere Anstrengungen. Frage 8: Die Grüne/AL-Fraktion wünscht sich, dass mittelfristig der Standard-Mix Richtung Ökologisierung verändert wird. Der Ökostrom wird billiger werden, weil die Produktion steigt und immer mehr Leute umsteigen werden. Die Grüne/AL-Fraktion nimmt in diesem Sinn die Antwort des Stadtrates positiv zur Kenntnis.

K. Brand (CVP): Die CVP-Fraktion bedankt sich für die Beantwortung der Interpellation und nimmt im zustimmenden Sinn davon Kenntnis. Im Bericht wird sehr ausführlich auf die komplexen Bewirtschaftungskriterien, die Gesetze und Verordnungen hingewiesen. Auf Bundesebene gibt das Energiegesetz im Artikel 1 die Grundsätze vor. Die Preisgestaltung wird in diversen Gesetzen und Verordnungen den Netzbetreibern vorgeschrieben. Gemäss Stadtrat besteht kein grosser Spielraum mehr. Er verfolgt jedoch die verschiedenen Modelle aufmerksam und prüft für neue Tarifrevisionen entsprechende Anpassungen. Zudem hält er eine Quersubventionierung von Ökostrom für nicht angezeigt. Die stadträtliche Haltung wird von der CVP unterstützt. Auch die neue Verordnung, die den Kunden erlaubt ihre Lieferanten frei zu wählen, zwingt den Stadtrat zum Konkurrenzkampf. Er muss die anderen Stromanbieter wachsam beobachten. Nach gründlicher Abwägung hält der Stadtrat die Zusammensetzung des Standard-Mixes für ausgewogen, angemessen und ehrlich. Dem ökologischen Aspekt wird ausreichend Rechnung getragen.

W. Steiner (SVP): Auch die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die umfassende Antwort. Die Zusammensetzung des Standard-Mixes ist realitätsbezogen. Die Mehrheit der Kundschaft hat schliesslich diese Variante gewählt. Die SVP ist der Meinung, dass die Fixkosten

mit 30 % ausgewogen sind. Tiefere Fixkosten – wie in der Stadt Zürich – würden den Arbeitspreis um ca. 50 % erhöhen. Das wäre vor allem für die vielen KMUs in Winterthur nicht akzeptabel. Die Stromarten der Stadtwerke sind bereits heute CO² arm. Der Strombedarf wird auch in Zukunft zunehmen. Deshalb ist es wichtig, dass die Stromversorgung auch in Zukunft durch die schweizerischen Kraftwerke gesichert wird.

Stadtrat M. Gfeller nimmt gerne zur Kenntnis, dass in der Grundanlage die Antwort auf ein positives Echo gestossen ist. In allen 8 Fragen war der Spielraum des Stadtrates ein Thema. Dieser Spielraum ist durch zwei Faktoren entscheidend eingeengt – zum einen durch die Eidgenössische Stromverordnung. Der Stadtrat wurde gezwungen den Grundtarif deutlich gegen Unten anzupassen. Das hat der Stadtrat zu diesem Zeitpunkt nicht ganz freiwillig gemacht. Stadtrat M. Gfeller findet das eine sehr sinnvolle Massnahme, obwohl die Fixkosten für einen Zähler, der nie abgelesen wird, deutlich höher wären. Sie liegen bei ca. 50 Franken pro Monat. Damit sind die Preise in diesem Sektor weit weg von der Realität. Der zweite einengende Faktor ist die Konkurrenz und die wird in Zukunft zunehmen. Stadtrat M. Gfeller wagt keine Prognose wie die Volksabstimmung in 4 Jahren ausgehen wird. Dann soll der Strommarkt in der Schweiz völlig liberalisiert werden. Spätestens dann wird die Stadt froh sein um diese Spielregeln, die unter anderem den Grundtarif vorgeben. Ohne diese Verordnung würde der Markt chaotisch. Stadtrat M. Gfeller steht der völligen Liberalisierung des Strommarktes skeptisch gegenüber. Wie auch immer – die Stadtwerke müssen sich vorbereiten und bereit sein sämtlichen Kundinnen und Kunden in Winterthur Strom zu liefern – ob das AKW Gegner oder Befürworter sind. Die Stadtwerke müssen allen plausibel erklären können, welche Stromart wie viel kostet. Damit gibt der Stadtrat einen Teil der Verantwortung an die Kundschaft ab. Aber die Preise sind transparent, indem klar deklariert wird, welche Stromart aus welchem Kraftwerktyp kommt. Die Ökologisierung der Strompolitik funktioniert nicht über eine künstliche Senkung des Preises für Ökostrom. Ein Gut das hohe Qualität aufweist, kostet seinen Preis. Aber wenn der Ökostrom gefördert werden soll, dann muss in erster Linie in diese Energien investiert werden. Das wird vor allem dadurch gefördert, dass für diese Energien ein vernünftiger Preis bezahlt wird. Insofern steht die Motivation in neue Energien zu investieren in einem engen Zusammenhang mit dem Preis für das entsprechende Produkt. Der Stadtrat wird wahrscheinlich noch vor den Herbstferien eine entsprechende Weisung für die weitere Förderung von erneuerbaren Energien vorlegen. Stadtrat M. Gfeller durfte bereits zur Kenntnis nehmen, dass die Förderung von Biogas vom Gemeinderat unterstützt wurde. Er dankt für die überwiegend positive Aufnahme der Antwort.

Ratspräsidentin Y. Beutler stellt fest, dass damit die Interpellation abgeschlossen ist.

22. Traktandum

GGR-Nr. 2008/041: Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) betreffend Jungunternehmen in Winterthur

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort. Der Kern der Interpellation zielt darauf ab, die Stadtverwaltung zu motivieren bei der Vergabe von kleinen Aufträgen vermehrt Jungunternehmen zu berücksichtigen. Wohlverstanden – zu den gleichen Bedingungen, die auch für andere Firmen gelten. Jungunternehmen sind neu gegründete Unternehmen die bis zu fünf Jahre alt sein können. Diese Unternehmen werden aus eigener Initiative und auf eigene Verantwortung gegründet. Sie erfüllen in der Gesellschaft wichtige Funktionen – sie treiben die Innovationen und damit den Wettbewerb an, sie schaffen Arbeitsplätze und bezahlen Steuern. Jungunternehmen erbringen damit eine grosse Leistung. Sie bearbeiten Aufträge und bauen parallel dazu das Unternehmen auf. Sie gehen damit oft grosse Risiken und Verpflichtungen ein. Im Gegenzug erhalten sie eine ungewisse Zukunft. Kein Jungunternehmer weiss, ob sein Unternehmen in 5 Jahren noch existiert. Sie sind in der Regel nicht auf schnelles Geld aus. Sie haben eine Vision und setzen diese um. Gerade weil sich junge Unternehmen dem Wettbewerb stellen, sind ihre Produkte und Dienstleistungen oft innovativer und günstiger. Die Stadt Winterthur würde stark profitieren, wenn vermehrt Jungunternehmer zum Zuge kommen und zwar von qualitativ guten und innovativen Produkten, die oft günstiger sind.

In der Interpellationsantwort vermisst M. Zeugin ein positiver und offener Elan des Stadtrates. Statt diese Interpellation als Steilpass aufzunehmen und etwas Positives daraus zu machen, verliert sich der Stadtrat in seiner Antwort in Detailerläuterungen. Fragen 2 und 3: Es ist grundsätzlich schade, dass der Stadtrat nicht versucht Grössenordnungen zu erstellen oder darzulegen. Frage 4: Es ist klar, dass für Jungunternehmen grundsätzlich die gleichen Kriterien gelten – mehr noch, wie bereits erläutert profitiert die Stadt, wenn sie den Zuschlag an Jungunternehmen vergibt. Nicht zuletzt aufgrund der gesellschaftlichen Funktion ist es angebracht, dass die Stadt Winterthur sich laufend Gedanken darüber macht, wie sie für Jungunternehmen attraktive Rahmenbedingungen schaffen kann. Zu einer jungen Stadt gehören auch junge und innovative Unternehmen. In diesem Bereich ist vieles möglich, wenn ein politischer Wille vorhanden ist. Das zeigt auch die Beantwortung der Frage 5. In diesem Sinn nimmt die EVP/EDU/GLP-Fraktion die Interpellationsantwort positiv zu Kenntnis und dankt für die Antwort.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie positiv zur Kenntnis. Für die Förderung von Jungunternehmen wird bereits relativ viel getan. Die Begünstigung von Jungunternehmen bei der Auftragsvergabe führt nicht zum Ziel. Jungunternehmen müssen sich auf dem Markt beweisen durch gute Produkte und Dienstleistungen. Das schaffen sie auf längere Frist nur dann, wenn sie im Wettbewerb bestehen können. Deshalb ist die CVP überzeugt, dass Vergünstigungen bei der Auftragsvergabe nicht zum Ziel führen und Jungunternehmen dadurch keine nachhaltigen Chancen erhalten.

B. Günthard-Maier (FDP): Bei diesem Vorstoss geht es einmal mehr darum, dass eine bestimmte Zielgruppe spezielle behandelt wird. Als Liberale steht B. Günthard-Maier diesem Vorgehen skeptisch gegenüber. Diese Zielgruppe hat grundsätzlich viel Energie. Die FDP stimmt mit dem Stadtrat überein, wenn er schreibt, dass Jungunternehmer, genau wie alle anderen Unternehmen, auf dem Markt bestehen müssen. Es ist davon auszugehen, dass auch Jungunternehmen aufgrund ihrer Produkte oder ihrer Dienstleistung ausgewählt werden wollen und nicht weil das Unternehmen jung ist. Die FDP nimmt die Antwort des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis. Auch die FDP ist, wie der Stadtrat, der Ansicht, dass Jungunternehmen keine Spezialbehandlung durch die Stadt benötigen. Wenn Arbeiten ausgeschrieben werden, können die Jungunternehmen auf die Stadt zugehen, wie alle anderen Unternehmen auch.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion nimmt im positiven Sinn von der Antwort des Stadtrates Kenntnis. Als ehemaliger Jungunternehmer kann J. Altwegg die Situation beurteilen. Die Grüne/AL-Fraktion will keine spezielle Unterstützung für Jungunternehmen. Zudem muss die Stadt das Submissionsrecht beachten, das verbietet die Bevorzugung von bestimmten Unternehmen – ob das jetzt ein Jungunternehmen ist oder ein lokales Unternehmen. Mit dem gleichen Recht könnte man sagen, dass auch die Winterthurer Arbeitgeber bevorzugt werden sollen. Gerade der Lehrlingsaspekt ist sehr wichtig. Auch Jungunternehmen könnten, wenn sie etwas grösser sind, Lehrlinge einstellen und ausbilden. Der Stadtrat soll aber alles tun, um die lokalen Jungunternehmen zu unterstützen – und das nach besten Wissen und Gewissen.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Es geht nicht darum, dass Jungunternehmen aktiv gefördert werden sondern darum attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. In der Praxis ist es aber so, dass Jungunternehmen bei der Vergabe von Aufträgen im Nachteil sind, weil sie nicht seit 20 Jahren gewisse Produkte oder Dienstleistungen anbieten. Es macht Sinn diese Situation aufmerksam zu verfolgen.

Stadtrat W. Bossert dankt für die gute Aufnahme der Antwort. Der Interpellant hat betont, dass Jungunternehmen häufig günstig offerieren und sehr innovativ sind. Der Stadtrat freut sich, wenn sich diese Leute bei einer Auftragsvergabe bewerben und dabei ihre Produkte vorstellen. Wenn der Stadtrat weiss, dass es diese Firmen gibt, wird er diese im Zuge eines Einladungsverfahrens gerne berücksichtigen. Gerade für junge Unternehmungen, die eher kleinere Aufträge annehmen, kommt meist das Einladungsverfahren zum Zug. Wenn dem Stadtrat die Firmen bekannt sind und er weiss, dass sie ein gutes Produkt anbieten können, dann hat er ein offenes Ohr und den Willen diese Firmen zu berücksichtigen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit ist die Interpellation abgeschrieben. Die Ratspräsidentin wünscht allen schöne Sommerferien.

Statistik: 12 Geschäfte wurden erledigt, ein Vorstoss ist eingegangen. Das ergibt ein Resultat von minus 11.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

Y. Beutler (SP)

U. Bründler (CVP)

D. Schraft (Grüne)